

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Gerausgeber: Joh. Stanisch, verantw. Redakteur: Aug. Winnig, beide in Hamburg. Redaktion und Expedition: Hamburg, I., Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr. Vereins-Anzeigen für die dreispaltige Pettizelle oder deren Raum 30 A.

Inhalt: Das Vereinsgesetz. — „Zutrittsstaat“ und Zwangsgewalt des Gegenparlaments. — Wirtschaftliche Rundschau. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Bekanntmachungen der Gewerkschaften. Jahresberichte der Gewerkschaften. Sittlich. Berichte. Auch eine Organisationsfrage. — Zentral-Frankenkasse. — Vom Bau: An die Bauarbeiter. Das Baujahr 1907. Unfälle, Arbeitsschutz. Subventionen etc. — Besondere. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Das Vereinsgesetz.

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands stellt sich in einer an den Reichstag und Bundesrat gerichteten Eingabe, betreffend den Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes, mit seiner Kritik in allen Hauptpunkten durchaus auf den von uns in Uebereinstimmung mit der gesamten sozialdemokratischen Presse eingenommenen Standpunkt. Wir hatten u. a. die Sicherstellung des Vereins- und Versammlungsrechts der ausländischen Arbeiter im § 1 des Entwurfs gefordert. Die Petition bemerkt dazu: „Nach § 1 sollen nur Reichsangehörige das Recht haben, Vereine zu bilden und sich zu versammeln. Die Fassung dieses Paragraphen läßt jedenfalls diese Auffassung zu. Wenn aber die ausländischen Arbeiter von Vereinen und Versammlungen ausgeschlossen werden, wird die ganze Arbeiterbewegung geschädigt. Infolge des erheblichen Aufschwunges der deutschen Volkswirtschaft werden Hunderttausende ausländische Arbeiter teils dauernd, teils für größere Zeitabschnitte im Deutschen Reich beschäftigt. Diese ausländischen Arbeiter sind in erheblichem Maße die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Ein Teil derselben wird sogar ausdrücklich als Lohnbrüder herangezogen. Daher hat die deutsche Arbeiterschaft ein erhebliches Interesse daran, die fremdsprachigen Arbeiter für die gewerkschaftlichen Organisationen zu gewinnen. Es muß also auch die Vereins- und Versammlungsfreiheit der ausländischen Arbeiter im § 1 sichergestellt werden.“

Die Petition führt dann nicht unüberzeugend aus, daß die Bestimmungen der §§ 2 und 3 und die darauf nehmenden Vorschriften des § 11 Abs. 1 und 2 des Entwurfs für die Berufsvereine aller Art überflüssig und lediglich geeignet erscheinen, eine Quelle von Konflikten zwischen den Berufsvereinen und den Polizeibehörden zu werden. Für den Fall, daß der Reichstag oder der Bundesrat darauf besteht, die angezogenen Bestimmungen auch auf die Berufsvereine auszudehnen, erachten die Petenten folgende Änderungen dringend geboten:

1. Es muß zweifellos festgesetzt werden, daß den Vorschriften des § 2 genügt ist, wenn für Zentralorganisationen, die sich über das ganze Reich erstrecken, oder die eine zentrale Geschäfts- und Kassenverwaltung unter einem von den Mitgliedern oder deren sachgemäßen Vertretern gewählten Zentralvorstand haben, das Verzeichnis der Mitglieder des Zentralvorstandes und die gemeinsamen Satzungen eingereicht werden.

2. Die Frist für die Einreichung ist auf vier Wochen, eventuell wie im Entwurf auf eine Woche festzusetzen.

3. Eventuell sind Strafbestimmungen vorzusehen für Polizeivergehen, die dritten Personen auf amtliche Mitteilungen von den Vorstandsverzeichnissen machen. Diese Forderung wird wie folgt begründet: „Die christlichen Gewerkschaften“ (die anderen aber auch und noch viel mehr! Red. d. „Grundstein“) haben sehr oft die bedauerliche Erfahrung machen müssen, daß besonders in kleinen Orten und solchen Industriebezirken, wo die Behörden der Einführung der Arbeiterberufsvereine feindselig gegenüberstanden,

die Arbeitgeber auf meist unaufgeklärte Weise von den der Polizei eingereichten Mitgliederlisten Kenntnis erhielten. Sollen in Zukunft die Vorstandsmitglieder der einzelnen Gruppen der Polizeibehörde namhaft gemacht werden, so ist zu befürchten, daß auch die leitenden Mitglieder zur Kenntnis der Arbeitgeber gelangen, denen es infolge dessen möglich ist, durch Maßregelung — besonders bei Neugründungen — die Arbeiter von der Uebernahme von Vorstandsposten abzusprechen. Für den Zweck, der mit dem § 2 verfolgt wird, daß die Polizei Kenntnis haben soll von den verantwortlichen Leitern der Vereine, genügt es bei der streng zentralistischen Disziplin der gewerkschaftlichen Organisationen, wenn die Namen der Zentralvorstandsmitglieder der Behörde bekannt sind.“

Die im § 3 festgesetzte Anzeigepflicht halten die Petenten für überflüssig, da öffentliche Versammlungen in der Regel öffentlich angekündigt werden und damit der Polizeibehörde genügend Gelegenheit gegeben ist, vor dem Stattfinden der Versammlungen Kenntnis zu erlangen. „Insbesondere muß zweifellos festgesetzt werden, daß Mitgliederversammlungen der Berufsvereine, der Vorstände, Ausschüsse und Gewerkschaftskartelle der Anzeigepflicht und polizeilichen Ueberwachung unterliegen.“

Den Sprachzwang im § 7 des Entwurfs verwerten die Petenten entschieden und aus denselben Gründen, die unsererseits dagegen geltend gemacht worden sind:

„Durch diese Bestimmung werden berufliche Organisationen in ihrer ganzen Wirksamkeit für große Gebiete und Volksteile des Deutschen Reiches lahmgelagt. Auf Grund einer jahrelangen Erfahrung müssen wir konstatieren, daß die Gewinnung der polnisch sprechenden Arbeiterbevölkerung in den östlichen Provinzen, der französisch und holländisch sprechenden in westlichen Grenzgebieten, ferner der verschiedenen fremdsprachigen Arbeiter des rheinisch-westfälischen Industriebezirks für die christlich-nationale Arbeiterbewegung auf anderem Wege nicht möglich ist, als daß man ihnen in ihrer Muttersprache die Grundzüge unserer Bewegung begreiflich macht und sie zur Solidarität mit ihren deutschen Klassenangehörigen erzieht.“

Zu der Bestimmung des Entwurfs, wonach die Frage des Koalitionsrechts in Vereins- und Versammlungsgesetz nicht berührt werden soll, bemerkt die Petition: „Das bedeutet eine große Enttäuschung der gewerkschaftlich organisierten christlichen Arbeiter.“

Dieses stehe hervorheben der „christlichen“ Arbeiter, der „christlichen“ Vereine macht den Eindruck einer Tendenzviellei, die um so abstoßender wirkt, als es sich um eine Frage handelt, die alle Arbeiter ohne Unterschied ihres politischen und religiösen Bekenntnisses angeht. Andere Arbeiter und andere Organisationen als „christliche“ und „nationale“, obwohl diese in starker Minderheit sind, scheinen die Petenten gar nicht auf Rechnung zu haben. Das ist zum mindesten unfähig kleinlich und arrogant. Hat man je erfahren, daß sozialdemokratische Arbeiter und Organisationen da, wo sich es um ein Eintreten für die Rechte der Arbeiterklasse handelt, gelagt oder geschrieben haben: die sozialdemokratischen Arbeiter, die sozialdemokratischen Organisationen fordern für sich dies und das? Das ist nie geschehen. Und daran sollten sich die Christlichen ein Beispiel nehmen. So erweist es den Eindruck, als ob die christlichen Organisationen auch zufrieden wären, wenn nur sie zu ihrem Rechte kämen und für die anderen Organisationen das Altruismus bestehen bliebe.

Die Reichstagskommission zur Vorbereitung des Vereinsgesetzes ist in Tätigkeit. Von seiten der sozialdemokratischen Mitglieder sind bereits die ernsthaftesten Anstrengungen gemacht worden, das Gesetz zu

verbessern. Sie haben u. a. folgenden Hauptantrag zu § 1 gestellt:

„Zur Veranfassung und Abhaltung von Versammlungen und zur Bildung von Vereinen bedarf es weder einer Anmeldung bei einer Behörde noch einer Erlaubnis durch eine Behörde. Versammlungen, die auf öffentlichen Straßen oder Märkten stattfinden, sind spätestens sechs Stunden vor ihrem Beginn durch den Veranstalter oder Einberufer bei der mit der Ordnung des öffentlichen Verkehrs betrauten Ortsbehörde anzuzeigen. Alle den vorstehenden Bestimmungen widersprechenden Gesetze und Verordnungen, einschließlich derer, welche die Verabbarung und Vereinbarung zum Zweck der Erlangung günstiger Lohn- und Beschäftigungsbedingungen hindern, unterliegen oder unter Strafe stellen, sind aufzuheben.“

Eventualantrag.

§ 2. Vereine und Versammlungen aller Art sind nur den Beschränkungen der Reichsgesetze unterworfen. Die geltenden landesrechtlichen Gesetze über Vereine und Versammlungen sind aufgehoben; neue dürfen nicht erlassen werden. Anordnungen von Verwaltungsbehörden aller Art, wodurch die Abhaltung von Versammlungen und Vereinszusammenkünften allgemein oder in einzelnen Fällen verhindert oder beschränkt wird, sind nur nach Maßgabe des Reichsrechts zulässig. Den Vereinen und Versammlungen stehen gleich belebende oder religiöse Vorträge, sowie Vereinigungen und Zusammenkünfte zum Zweck körperlicher Ausbildung.

Das sozialdemokratische Kommissionsmitglied Abgeordneter Heine erklärte, die Einbeziehung des Koalitionsrechts in das Vereinsrecht sei ein Fall spezieller Anwendung des Vereins- und Versammlungsgesetzes. Wenn staatliche Behörden ihren Beamten und Arbeitern durch Dienstvertrag das Vereins- und Versammlungsrecht beschnitten und raubten, so verstoße das ebenso gegen die guten Sitten, und müsse ebenso unmöglich gemacht werden, als wenn private Unternehmer ihren Arbeitern durch den Arbeitsvertrag die Ausübung des Vereins- und Versammlungsgesetzes unterlagen.

Die Freireisenden beantragen, dem § 1 folgende Fassung zu geben:

„Die Vereins- und Versammlungsfreiheit unterliegt nur denjenigen Einschränkungen, welche durch dieses Gesetz vorgeschrieben und zugelassen sind. Vereine und Versammlungen, deren Zweck dem Strafgesetzbuch zuwiderläuft, sind verboten.“

Das Zentrum empfiehlt folgende Fassung: „Jedermann hat das Recht, zu bilden, zu betreten und den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufend, in Gemeinschaft mit anderen Vereinen zu bilden und sich zu versammeln.“

Die Konservativen schließlich beantragen, jungen Leuten erst vom 20. Jahre an das Vereins- und Versammlungsgesetz zu gewähren und die Frauen von den Wählerversammlungen auszuscheiden.

Der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg gab über das Verhältnis des Entwurfs zu dem Polizeirechte der Einzelstaaten folgende Erklärung ab, die von der Kommission zur Erfüllung der Frage geteilt gewünscht worden war, zu Protokoll:

„In dem Entwurf allen Reichsangehörigen das Recht gewährt, zu bilden, zu betreten, sich zu versammeln, Vereine zu bilden und sich zu versammeln, spricht er aus, daß eine Personenzahl oder einzelne Personen von dem Gesichtspunkte aus, daß sie von ihrem Vereins- oder Versammlungsrechte Gebrauch machen, nur denjenigen Beschränkungen unterworfen werden dürfen, welche der Entwurf selbst vorsieht. Abgesehen hier von dürfen Maßregeln gegenüber der Gefahr, die nur darin gefunden werden kann, daß eine Mehrzahl von Personen zu Vereinen oder Versammlungen zusammentritt, nicht getroffen werden.“

Andererseits wird aber die Staatsgewalt durch den Entwurf nur auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsgesetzes beschränkt. Niemand, sei es ein Einzelner oder eine Mehrheit von Personen, kann sich dadurch, daß er von dem Vereins- oder Versammlungsgesetz Gebrauch macht, in anderer Richtung eine bevorzugte Stellung schaffen. Es sollen nicht etwa für Vereine oder Versammlungen Vorrechte im dem Sinne geschaffen werden, daß die vom Versammlungsgesetz Gebrauch machenden Staatsbürger den allgemeinen Gesetzen nicht mehr unterworfen wären. Strafbarer Handlungen bleiben strafbare Handlungen, auch wenn sie in Vereinen oder in Versammlungen begangen werden. Sit ferner beispielsweise das Betreten bestimmter Oertlichkeiten, sei es an sich, sei es wegen Unsauberkeit oder weil sie von anstehender Krankheit infiziert sind, verboten, so bleibt dieses Verbot Unbefugten gegenüber auch dann bestehen, wenn diese dort etwa ihr Vereins- und Versammlungsgesetz ausüben wollen. Ein solches Verbot richtet sich

nicht gegen den Verein oder die Versammlung als solche, sondern gegen den Einzelnen ohne Rücksicht auf seine Teilnahme an Vereinen und Versammlungen.

Diese Ansicht des Entwurfs entspricht dem gegenwärtigen preussischen Rechtszustand, der in der Rechtsprechung dahin zusammengefasst ist, daß

- a) die Polizei ihr Einschreiten gegen eine Personemehrheit, falls es lediglich aus dem Grunde erfolgt, weil diese von ihrem Vereins- oder Versammlungsrecht Gebrauch macht, nur auf das Vereinsgesetz stützen kann; während andererseits
- b) das aus anderen gesetzlichen Vorschriften zulässige oder gebotene Einschreiten gegen eine Mehrheit von Personen oder gegen einzelne Personen nicht lediglich um deswilligen rechtswidrig wird, weil diese ihr Vereins- und Versammlungsrecht ausüben.

Diese Erklärung besagt nichts anderes, als daß die Polizei alle ihre konventionellen, gesundheitspolizeilichen und allgemeinen sicherheitspolizeilichen Schritten gegen das Vereins- und Versammlungsrecht der Arbeiter ruhig fortsetzen kann!

Der sozialdemokratische Abgeordnete Legien bezeichnet die Erklärung denn auch als gänzlich unzureichend, insbesondere bezüglich des Vereins- und Versammlungsrechts der Ausländer. Das Recht der Ausländer müsse im Gesetz festgelegt werden, weil sonst die Polizeivollmacht der untergeordneten Behörden sich doch über alle Erklärungen hinwegsetze. Der Antrag der Konservativen, eine Altersgrenze von zwanzig Jahren für die Teilnahme an politischen Vereinen festzusetzen, werde damit begründet, daß die Sozialdemokratie für die Bewahrung des Wahlrechts dieselbe Altersgrenze vorschläge. Es sei jedoch ein Unterschied zwischen der Erziehung zu politischer Tätigkeit und der Ausübung des Rechts, aktiv auf die Gesetzgebung durch die Stimmabgabe oder als Abgeordneter einzutreten. Die Annahme, daß durch eine solche Bestimmung die jungen Leute, die zum Militär kommen, der politischen Auffklärung bewahrt werden könnten, sei irrig; denn diese Auffklärung erfolge nicht nur in Vereinen und Versammlungen, sondern auch im Heim des Arbeiters und in der Fabrik.

„Zukunftsstaat“ und Zwangsgewalten des Gegenwartsstaates.

II.

Auch die Verpflichtung der Staatsbürger zur Mitwirkung an der Landesverteidigung gehört in das Kapitel der staatlichen Zwangsgewalt. Daß wir gegen eine solche Verpflichtung an sich nichts einzuwenden haben, bedarf wohl kaum der Erwähnung. Aber wie außerordentlich weit geht das heutige System des Militarismus über den Begriff des Systems der Landesverteidigung hinaus! Da wird, abgesehen von den schweren Müssen und Opfern, die dieses System den Dienstpflichtigen auferlegt, der Zwang getrieben bis zu der Verletzung eines Kadavergehorsams, der dem menschlichen Rechte widerstreitet. Und ist der hauptsächlichste Teil dieses terroristischen Zwangs, der in dem Kapitel Soldatenmishandlungen sich begreift, ist der bis zu empörenden, unmenslich harten Urteilen der Militärjustiz getriebene Disziplinarzwang etwa auch ein Beweis dafür, daß an der rechtsstaatlichen Zwangsgewalt nichts auszusetzen ist?

Ach, dieser Rechtsstaat! Ist doch in Wahrheit der Polizeistaat; der mit zwingender Willkür eingreift in die persönliche Freiheit, in gesetzlich anerkannte und normierte Rechte, um der reaktionären Staatsdoktrin zu genügen. Die polizeiliche Vergewaltigung des Koalitionsrechtes der Arbeiter, des Vereins- und Versammlungsrechtes, der Pressefreiheit, der Freiheit des Meinungsausdrucks überhaupt usw. usw. ist an der Tagesordnung.

Zwei große politische Parteien, das Zentrum und die Sozialdemokratie, sind viele Jahre hindurch einer ausnahmsrechtlichen polizeilichen Zwangsgewalt überantwortet gewesen. Und beständig sind Ordnungspolitiker am Werke, darauf hinzuwirken, daß das rechtsstaatlose Zwangsregiment gegen die Sozialdemokratie und die ganze Arbeiterklasse geübt wird. Reaktionsäre Mächte haben wer weiß wie oft Polizei und Gewichte aufgefodert, sich bei Bekämpfung der Sozialdemokratie nicht an Recht und Gesetz zu halten, sondern sie einfach „niederzuzwingen“, ja, sie zum Straßenkampf zu provozieren, um ihre Niederzwingung mit Waffengewalt vornehmen zu können.

Das Wahlrecht zum Reichstage und das Koalitionsrecht sind die wichtigsten politischen Rechte, die das arbeitende Volk in Wahrung seiner berechtigten Interessen ausüben kann. Aber man vergewaltigt die Arbeiter in brutaler und schändlicher Weise, um sie an der freien Ausübung dieser Rechte resp. an der Ausübung überhaupt zu verhindern. Ein schamloser Terrorismus macht sich breit; Behörden und private Unternehmer versuchen unter Androhung von schweren Nachteilen aller Art, die von ihnen abhängigen Beamten und Arbeiter zu zwingen, Verzicht zu leisten auf die freie Ausübung ihres Wahlrechts sowie auf den Gebrauch ihres Koalitionsrechtes. Wir haben Staatsflaven und Sklaven des privaten Kapitals, von denen man unter Berufung auf „Ordnung“ verlangt, daß sie politisch und wirtschaftlich weder selbständig denken noch handeln. Man sagt den Beamten und Arbeitern: „Ihr

habt zu wählen entweder Verzichtleistung auf eure Rechte und Freiheiten, oder Entlassung, die Hungerpeitsche.“

Terrorismus, Zwang wider die Arbeiter, wozu wir vordem. Das ist klassenstaatliche und kapitalistische „Moral“. Der vom Regiment und vom Besitz abhängige soll gezwungen werden, sich gänzlich dem Regiment unterzuordnen, selbst entgegen seinem gesetzlich verbürgten Recht. Er soll wahllos ohne Genehmigung des Herrn nicht heiraten, wie das der „selige“ Industriekönig Stumm so wunderbar dazulegen verstand. Er soll wohl gar die Art seiner Erholungen und Vergnügungen, seine ganze Lebensweise, seine geistige Nahrung nach Herrtentumszwangsrecht sich vorordnen lassen.

Es gibt ja keine ärgere Lüge als die, die in den Worten „Freiheit der Arbeit“ sich ausdrückt. Es ist ein Zwangsverhältnis, in dem die Arbeit, als der dem Kapital, der Besitzübermacht, unterworfenen Faktor, sich befindet. Unter dem Zwange der Not hat der bereingeltete Arbeiter seine Entscheidung zu treffen, welchem Arbeitsherrn er seine Arbeitskraft verkaufen will. Dieser Zwang ist wesentliche Voraussetzung der Prosperität des Kapitals, des Unternehmervorteils. Dieser Zwang bringt es mit sich, daß unzahlige Menschen eine ihren Neigungen und Talenten entsprechende berufliche Ausbildung nicht erfahren oder eine Beschäftigung nach Neigung und Fähigkeit nicht erhalten. Eine ungeheure Summe von Talent geht in kapitalistischen Klassenstaat zu Grunde. Dazu nehme man die Phrase, daß der Arbeiter die „Freiheit“ habe, zu gehen, wozu es ihm beliebt. Der Zwang der wirtschaftlichen Not ist es, der ihn daran hindert. So wahr sagt der bürgerliche Nationalökonom Stuart Mill in seinen Prinzipien der politischen Ökonomie (2. 1. 3.): „Die große Masse der Arbeiter hat so wenige freie Wahl bei ihrer Beschäftigung oder ihrem Aufenthalt, sie ist, praktisch genommen, so abhängig von festen Regeln und fremdem Willen, wie es nur bei irgend einem System, wirkliche Sklaverei ausgenommen, sein kann.“

Die kapitalistische Ökonomie hat früher ganz offen ausgesprochen, daß die Not der Arbeitenden ein unbedingt erforderlicher Faktor sei, daß ohne diesen Anreiz das gewöhnliche Volk in Faulheit verkommen würde. Heute sagt man das nicht mehr so direkt, aber diese elende Idee hat unter den „Staatsberühmten“ tatsächlich noch viele Verfechter. Der Zwang, den der Kapitalismus ungehindert auf die Arbeiter auszuüben vermag, führt erfahrungsgemäß zu einer schredlichen Verminderung der Volkskraft, die des Staates Entwicklung und Existenz in Frage stellt. In dieser Tatsache haben wir den Grund dafür, daß Klassenstaatliche Gewalten, Regierungen und Parlamente, sich der Arbeiterschaft zuwenden, in der das Zwangsrecht des Staates auch zur Geltung kommt. Der Kapitalismus wird gesetzlich gezwungen zur Einschränkung seiner Ausbeutung der Arbeit, während andererseits für die Arbeiter ein Versicherungszwang gegen Krankheit, Invalidität usw. eingeführt wird, unter zwanzeifacher Beitragsbeteiligung der Unternehmer. Grundtatsache ist der Kapitalismus solcher Zwänge abhond; er hat sich ihm überall, auch bei uns in Deutschland, nur widerstrebend gefügt, und er bietet seinen ganzen Einfluss auf die weitere Ausgestaltung dieser zwangsgesetzlichen Reformen zu verhindern. Jedenfalls stellt er immer den staatlichen Zwang zum Nachteil der Arbeit hoch über den, der ihren berechtigten Interessen dient. Unsere herrschenden Klassen, das große Unternehmertum vorweg, machen gar kein Hehl daraus, daß sie um den Preis von einer „sogenannten“ Arbeiterfürsorge die zwangsweise Entrechtung der Arbeiterklasse erstreben. Stillfütterung und die Peitsche für den Arbeiter, das ist ihr Ideal. Es gibt in unserem hochgepriesenen „Rechtsstaate“ kein Gebiet menschlichen Denkens, Empfindens und Handelns, das nicht betroffen wird von der Theorie und Praxis ungerechten und unvernünftigen Zwanges. Wenn es auf die Konservativen anläge, so würde das Recht der Freizügigkeit beseitigt und der gesetzliche Zwang zur Schollenpflichtigkeit eingeführt. Ja, konservative Sozialpolitiker haben schon ganz ernsthaft die Frage zwangsweiser Verhinderung der Ab- und Auswanderung ländlicher Arbeiter erwogen. Ueberhaupt huldigt diese Richtung einem sehr weitgehenden Zwang zur Arbeit in ihrem Interesse. Unsere Agrarier würden nichts dagegen haben, wenn Strafgefängnisse und „Wagabunden“ ihnen zwecks „Erziehung zur Arbeit“ möglichst auf Staatskosten überwiefen würden.

Heute, in Klassenstaate, sehen wir, daß die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnisse und Einrichtungen die freie Selbstbestimmung des Korns und Lassens der Volksmassen beeinträchtigen aber ganz ausheben und damit — um wieder mit Stuart Mill zu sprechen — „einen der besten“ Rüge der menschlichen Natur auslösen“. Der kapitalistische, klassenstaatliche Zwang widerstrebt in Ansehung der Millionen

des arbeitenden Volkes nicht nur dem menschlichen Rechte auf Eringung der Bedingungen für eine menschenwürdige Existenz, sondern auch dem nächststarken menschlichen Bedürfnis nach Freiheit.

Aus gerechtigkeits- und berrunftschauderischem Drog, aus Gewalttätigkeit aller Art sind — das sagt wieder nicht ein verrückter Sozialdemokrat, sondern abermals Stuart Mill — die sozialen Einrichtungen des jetzigen Europas entstanden. Und dieser Denker fügt schließlich hinzu, daß einem fortdauernden Zustand solcher Art gegenüber „alle Bedenkllichkeiten des Kommunismus, große wie kleine, nur wie Spreu in der Waagschale sein würden“.

Und die Verfechter dieser Ordnung wagen es, von denen, die dem kapitalistisch-klassenstaatlichen Vergewaltigungssystem ein Ende machen wollen, den Sozialdemokraten, zu lägen: ihr sogenannter „Zukunftstaat“ werde die vollendetste „Zwangsanstalt“ sein! Nach dem Wesen der seitherigen Gesellschaft konstruieren sie sich das „sozialdemokratische Zwangs-„Ordnungspolitiker“ mögen Dumme noch dümmer, Narren noch verrückter und Frechlinge noch frecher machen — über sie und den Klassenstaat hinweg werden die Gesetze der Menschheit sich vollziehen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Internationale Zinsfußherabsetzung — Lage der Reichsbank nach dem Jahreswechsel — Fortdauernde Vitalität der öffentlichen und privaten Geldbedarfe, die neue preussische Anleihe — Emittionsstatistik.

Das amerikanische Aufgeld für Barmünze ist allmählich verschwunden. Die Bank von England hatte gleich am ersten Geschäftstag des neuen Jahres den Diskont von 7 auf 6 pzt. herabgesetzt. Die Deutsche Reichsbank folgte am 13. Januar mit einer Ermäßigung von 7½ auf 6½ pzt., nachdem die Bank von Frankreich und die Oesterreichisch-ungarische Bank schon am 9. und 10. Januar mit ähnlichen Schritten vorangegangen waren. Das schlimmste, wenigstens auf dem Geld- und Kreditmarkt, wäre also überstanden.

Aber die Anspannung der großen Zentralinstitute ist, wie sich denken läßt, dennoch immer eine ganz außerordentliche. Trotz des starken Midflusses in der diesmöglichen ersten Januarwoche (Abnahme des Wechselbankes 197,06 Millionen Mark, Verminderung der Lombardforderungen 186,09 Millionen Mark, Zunahme des Metallvorrates 54½ Millionen Mark), war am 7. Januar (bezw. am Ende der ersten Januarwoche)

	1905.	1906.	1907.	1908.
	Millionen Mark			
der steuerfreie Notenbetrag	81,09	—	—	—
der steuerpflichtige Notenbetrag	—	152,78	322,62	386,78
der Metallvorrat	968,30	854,03	722,87	758,68

Schon das Vorjahr war, wie wir schon oft wiederholt, ganz abnorm, und der damalige Diskont von 7 pzt. (gegen 6 pzt. Anfang 1906 und 4 pzt. Anfang 1905) spiegelte das deutlich genug wieder. Aber wenn diesmal, nach dreimonatiger Dauer des unerhörten 7½prozentigen Diskonts, der Metallvorrat auch um 86 Mill. Mark höher aufgestiegen war als vor einem Jahre, so hatte man andererseits allein an Wechseln um 170 Mill. Mark mehr auf dem Gasse (Ende 1. Januarwoche 1905: 848,15 Mill. Mark, 1906: 1025,81 Mill. Mark, 1907: 1126,57 Mill. Mark, 1908: 1296,53 Mill. Mark). Selbst bei einer abermaligen, nicht unwahrscheinlichen Diskontermäßigung Englands will deshalb die Reichsbank zunächst bei 6½ pzt. stehen bleiben, um Kreditflehende nach Kräften abzuwehren und Gelder nach Möglichkeit heranzuziehen und festzuhalten.

Seit Anfang des Jahres 1908, in das wir, wie erwähnt, mit einem Diskont von 6 pzt. eintraten, stellt sich folgendes Bild der Diskontschwankungen und der durchgehenden Tendenz zur Erhöhung unseres Bankzinses dar:

18. Januar 1906	5 pzt.	22. Januar 1907	6 pzt.
23. Mai 1906	4 ½	23. April 1907	5 ½
18. September 1906	5	29. Oktober 1907	6 ½
10. Oktober 1906	6	8. November 1907	7 ½
18. Dezember 1906	7	18. Januar 1908	6 ½

Sowie aber wieder etwas mehr Aussicht vorhanden ist, neue Anleihen oder Aktien unterzubringen, setzt heute das Wettrennen und der Streit zwischen privater Geschäftswelt und Staats- und Kommunalverwaltung sofort von neuem ein. Je mehr Reich, Staat und Gemeinden auf das verhältnismäßig spärlich angelegte Kapital ihrerseits von vornherein Verzicht legen, desto mehr gerinnen die geschäftlichen Hoffnungen der Hypothekendarlehen, die teilweise schon solange mit neuen Pfandbriefausgaben zurückhalten mußten, der Industrie-werke, die ihre Obligationen oder Aktien vielleicht schon längst vermehren wollten, der Banken, die endlich ihre allzu reichlich angekauften Beteiligungswerte an das Publikum abstoßen möchten. Sicherlich vor allem erklärt sich die ungenügend unfreundliche Haltung, die die kapitalistische Presse und die Hochfinanz im allgemeinen angeklagt der neuen großen preussischen Anleihe einnehmen, — die bis zum 14. Januar zur Zeichnung mit 9½ pzt. aufgelegt ist. Die wirklichen Einzahlungen darauf sollen sich auf die Zeit bis zum 6. April in näher bestimmten Werten verteilen: 18½ pzt. des Nennwertes spätestens am 31. Januar fällig, 80 pzt. bis 29. Februar, weitere 80 pzt. bis 20. März, die verbleibenden 20 pzt. bis 6. April. Dazu trat das weitere Moment der Unsicherheit, daß der Gesamtbetrag des preussischen Geldbeschaffungsvorlages gar nicht genaugen wurde. Vielmehr ist in der Ankündigung nur gesagt, daß „die zu begebende

Summe soweit als möglich dem auftretenden Anlagebedürfnis angepaßt werden solle, und daß den Zeichnern im allgemeinen der volle Betrag der Zeichnungen zugeweiht werden solle. Je mehr also das Publikum anzeichnet, desto reichlicher kann Prämien dem ersten Male wieder etwas aufzunehmende Markt-Reservekapital entgegen selbstverständlich in einer Reihe der Ereignisse und aufgeschobenen Kredite (in der Zukunft aufgehoben). Dazu beging die Verbrechen, die in einem Teile der Arbeiterpresse ist die Seite der Frage (in der Zukunft aufgehoben). Dazu beging die Finanzminister, aber die Beobachtung, noch das weitere als sonst, nämlich gegen gute Provision, in Anspruch zu nehmen und die Anleihe, durch eine vorgesehene Sperre der Einnahmen, mindestens bis zum Jahresende dem Umlauf an den Börsen zu entziehen. Man beantwortete daher die offizielle Meldung sofort mit einem scharfen Protest der alten, vor allem der dreiprozentigen Anleihe, wobei man bezeichnenderweise vorwiegend Preußen und das Reich, das für das Frühjahr gleichfalls Bedenken haben wird, auf das Korn nahm, während die sonstigen Bundesstaaten viel stillschweigender wegstehen. Lange hat endlich die Querschnitts-Debatte Erfolg gehabt. Charakteristisch an der neuen Anleihe ist jedoch weiter noch die Verzinsungserhöhung. Man kann den ausgedehnten geordneten Prozentsatz der Anleihe überaus erhalten, nachdem das Kapital solange schon überaus bessere Chancen der Anlage finden konnte. Man will sich aber auch nicht auf viele Jahre hinaus mit vier oder noch mehr Prozent belassen. Das System verhältnismäßig kurzfristiger Schatzanweisungen, mit dem man sich in der unklaren Übergangszeit der letzten Jahre mehrfach befaßt hat, gleichfalls keine Schritte, denn nach vier oder fünf Jahren läuft man Gefahr, doppelte Anleiheansprüche machen zu müssen: einmal für die Einlösung der fälligen alten Schuldtitel, ferner für die unvermeidlichen neuen Bedarfe. Man vertritt also: 4 pZt. für die ersten zehn Jahre (bis Ende März 1918), 3 1/2 pZt. für die nächsten fünf Jahre (bis Ende März 1923), 3 pZt. für die noch folgende Zeit. Ein besonders glücklicher Ausweg ist das kaum; aber der größte Segensreißer wird die Aufgabe nicht lösen können: die vorherverkauften hohen Zinssatz immer neue Schulden machen und doch nur die früher üblichen niedrigen Zinsen bezahlen zu wollen.

Verhältnisse kann man jedoch den prinzipialistischen Kreisen, die selber nach flüssigen fremdem Gelde ausfinden, ihren Vorgesetzten über die immer wieder entscheidenden Gelegenheiten nicht. Die Französischen, die vor ein paar Tagen ihre, mit Kredit viel beachtete Jahresübersicht über die Emissionen in Frankreich konnten die deutschen Hypothekendarlehen, von denen wiederum das Baugewerbe so stark abhängt, an fremden Reserven, durch Pfandbriefausgabe, heranzuziehen: 1904 459,49 Mill. Mark (im Emissionsergebnis ausgedrückt), 1905 513,02 Mill. Mark, in den nächsten Jahren 1906 und vollends 1907 dagegen nur 330,36 und 230 Mill. Mark. Man hoffte schon lange auf bessere Gelegenheiten; aber wo bleibt sie, wenn jedesmal das Reich, die Staaten und Kommunen sofort wieder den Weg beschreiten? Weiter ging zwischen 1906 und 1907 die Neuauflage zurück: bei Industriekapital von 624,28 Mill. Mark auf 210,20 Mill. Mark, bei Eisenbahnkapital von 42,46 auf 4,70 Mill. Mark, bei Baukapital von 230,77 auf 107,81 Mill. Mark. Ähnlich und noch rascher gingen sich nur die ausländischen Kulturen vom deutschen Emissionenmarkt zurück, während unsere öffentlichen Körperschaften sich viel weniger in ihrer Kreditnachfrage einschränken. Auf die Lösung aber, was wahrheitsgemäß ist, auf die weitere Fortführung dieses Interessenkonflikts darf man gespannt sein.

Zum Schluß möge die ganze Aufstellung des Franzfurter Blattes Platz finden, die auf etwas anderer Grundlage als die, ebenfalls viel zitierte des „Deutschen Volkswirts“ aufgebaut ist:

Emissionen	Stauswert in Millionen Mark			
	1905	1906	1907	1908
Deutsche Staatsanleihe	283,87	454,88	668,97	541,06
Ausländische Staatsanleihe	87,24	676,29	163,61	49,83
Städt. und Provinzial-Anleihen	216,77	418,35	429,79	496,66
Deutsche Hypoth.-Obligationen	459,49	513,02	330,36	230,—
Ausländ. Hypoth.-Obligationen	21,34	5,62	6,77	—
Sonstige Obligationen	199,24	381,51	257,29	172,96
Gesamt	201,45	203,43	289,77	107,81
Bauspar-Anleihen	68,91	11,06	42,46	4,70
Industrie-Anleihen	267,60	492,52	624,28	240,20
	1806,91	1308,49	2813,30	1842,72
Darvon in festverzinsl. Obligat.	1267,95	2399,47	1856,79	1490,61
Aktionen	537,96	707,02	956,51	352,21

Berlin, den 13. Januar 1907. **Wag Schippel.**

Politische Umshan.

Aus dem Reichstage. Die Regierung nutzt den Reichstage zu einem Gelegenheitswerk. Die Abänderung des § 366 des Handels-Gesetzes ist es anzunehmen, womit berechtigte Interessen der Handlungsgesellschaften eine schwere Verletzung erfahren würden. Nach der jetzigen Fassung dieses Paragraphen hat ein erklärter Handlungsgesellschaft nicht nur sechs Wochen lang Anspruch auf Fortzahlung des Gehalts, sondern auch Anspruch, auf das volle Krankengeld, sowie auch freie ärztliche Behandlung und Medikamente. Der Entwurf will dem Unternehmer das Recht einräumen dem erkrankten Gesellen das Krankengeld vom Gehalt abzuziehen. Die sozialdemokratische Fraktion ließ durch den Abgeordneten S. in der energischen Erwählung entgegen gegen dieses eigenartige Stück sozialpolitischer Fiktion, die nach Ansicht der Regierung notwendig ist, um der „Simulation“ entgegenzuwirken. Auch der antisemitische Abgeordnete Schandorff der feindselige Dr. Mugdan sowie sein Fraktionsgenosse Dr. Neumann-Spöcker bekämpften den Entwurf als einen sozialpolitischen Rückschritt, während ein anderer Teil der Fraktion durch den Abgeordneten Carstensen erklären ließ, daß sie dem Entwurf zustimmen, weil er ein sozialpolitischer Fortschritt ist. Der Entwurf ging an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Zu Beginn der Sitzung am 14. Januar teilte der Präsident mit, daß folgende Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion eingegangen:

„Aus welchen Gründen hat der Reichskanzler in der Sitzung des preussischen Landtages vom 10. Januar die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf einen Bundesstaat als dem Staatswohl nicht entsprechend bezeichnet; und

bittet der Herr Reichskanzler, daß aus Anlaß der am 12. Januar in Berlin zur Propaganda dieses Reichstagswahlrechts einberufenen sozialdemokratischen Volksversammlungen zum Zwecke etwaigen Einschreitens Militär in den Kasernen konfiguriert war?“

Die Konföderation leistete sich das Vergnügen, die Verletzung dieser ungemein ernsthaften und wichtigen Interpellation mit Lachen zu begleiten.

Es wurde sodann eine Interpellation des Grafen v. Kanitz beraten, die an den Reichskanzler die Frage richtet, was er zu tun beabsichtigt, um den Unzulänglichkeiten zu begegnen, die sich aus der jetzigen Höhe des Wahlbetrags ergeben.

Es handelt sich bei dieser Frage um eine Angelegenheit von hoher wirtschaftlicher und sozialpolitischer Bedeutung. Einmal wirtschaftliche Krisis, unter der vornehmlich aus dem Baugewerbe erheblich zu leiden hat, eine Krise von internationalen Charakter, ist herbeigebrochen; und zwar infolge von Weltmarktpreis, der Kredit, die hauptsächlich wirtschaftliche Basis des kapitalistischen Wirtschaftens, ist schwer erschüttert. Infolgedessen, Geschäftszusammenbrüche, Geschäftshandlung, und eine enorme Arbeitslosigkeit sind die Folgen. Von Zeit zu Zeit stellt sich ein solcher unheilvoller Zustand, von dem die arbeitenden Klassen am härtesten betroffen werden; immer wieder aus neue ein. Es ist aber die Konsequenz der anarchischen privatkapitalistischen Produktion.

Es ist ganz natürlich, daß die Vertreter der verschiedenen Klassen und Parteien im Parlament der Sache nicht auf den Grund gehen. Graf Kanitz machte in seiner Begründung der Interpellation die Goldwährung für die Krisis verantwortlich, während der Staatssekretär v. Bethmann-Sollweg die Ursache in der Weltmarktpreis sah, was eine unangenehme Zurechnung des Schuldenscheiters machte, was zu einer außerordentlichen Erhöhung des Kaufpreises für Gold geführt habe.

Auch die Redner der Nationalverbände, der Freiwirtschaftler und des Zentrums beschränken den Zusammenhang der Krisis mit der Währung. Der Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt, T. v. L., benutzte die ihm günstig scheinende Gelegenheit, Propaganda für neue Steuern zu machen, die dazu dienen sollten, auch in der Zukunft auf den Kredit des Reiches, die Finanzverhältnisse des Reiches befriedigend zu gestalten.

Der sozialdemokratische Redner Dr. S. übernahm unter Zugrundelegung dieser Ausführungen des Regierungsvertreters einerseits den Streit und legte dann dar, daß die Frage der Weltmarktpreis und des hohen Zinssfußes sich unmöglich lösen läßt aus den Händen der Währungspolitik. Er benutzte u. a.:

„Wir erkennen die Schwierigkeiten, die aus einer übertriebenen Höhe des Kaufpreises entstehen, um so unumwundener an, als die Arbeiter die ersten und wehrlosesten Opfer einer solchen Gestaltung der Dinge zu sein pflegen. Wenn der Reichsbankdiskont auf 7 1/2 pZt. steigt, so erhalten nicht sehr kapitalfrüchtige Unternehmer, z. B. auf dem Gebiete des Bauwesens, Geld unter 10 bis 11 pZt. überhaupt nicht. Das bedeutet, daß die Bauten entweder nicht begonnen oder die begonnenen Bauten nicht fertiggestellt werden. Damit ergibt sich für die Arbeiter ohne weiteres Arbeitslosigkeit und Existenzlosigkeit.“

Redner wies dann auf die das ganze Wirtschaftsleben schwer schädigenden Wirkungen der agrarischen Handelsverträge hin. Auf seine Frage, wo denn der Segen unserer vergrößerten Handelspolitik liege, machte das wirtschaftspolitische Enfant terrible, der konservative Abgeordnete G. am den abernern Zuzufuhr: „In der kolossalen Lohnsteigerung!“ Der sozialdemokratische Redner ließ ihm die gebührende Antwort darauf nicht schuldig.

Durch Annahme eines Schlußantrages wurde diese Debatte beendet. Es folgte die Besprechung der Interpellation der polnischen Fraktion betreffend die Palenborlage:

Wie will der Herr Reichskanzler den von der königlich preussischen Regierung im vorigen Landtage eingebrachten Gesetzentwurf über Maßnahmen zur Stärkung des Deutschums in den Provinzen Westpreußen und Posen in Einklang bringen mit dem Geiste der Reichsverfassung und den Bestimmungen des Württembergischen Grundgesetzes?

Welche Schritte geht der Herr Reichskanzler zu tun, um die durch die vorgezeichnete Entlassung des Grundbesitzes von Reichsangehörigen aus politischen Gründen bedrohten Grundbesitzer der Reichs- und Gesellschaftsordnung zu sichern?

Die Regierung lehnte die Beantwortung ab mit der Begründung, daß es sich um eine preussische Angelegenheit handle, die den Reichstag nichts angehe. Trotzdem wurde die Besprechung der Interpellation beschlossen. Verweigert wurde die auf ausnahmsweise Behandlung der Polen gerichteten Politik der preussischen Regierung nur von den konservativen, nationalliberalen und antisemitischen Rednern. Die Redner aller übrigen Parteien beurteilten diese Politik. In längerer Rede legte Abgeordneter Lebedour die oppositionelle Stellung der Sozialdemokraten dar. Der freiwirtschaftliche Abgeordnete Dr. P. (Freiwirtschaftliche Vereinigung) nahm Anlaß, dem Fürsten Hilow zu sagen, daß der größte Teil des Linksliberalismus seiner Partei Politik ein starkes Mißtrauen entgegenbringe.

Es folgte die Besprechung der (bereits mitgeteilten) Interpellation betreffend reichsgesetzliche Regelung des Knappschaftsversicherungswesens.

Die Begründer der Interpellation, die Abgeordneten v. Hehren (Wirtschaftliche Vereinigung), Schiffer (Zentrum) und N. (Sozialdem.) erwarteten der Reihe nach eine Söldnerbereden der argen Lebelöhne, unter denen die Bergarbeiter unter der Herrschaft des Grubenherrentums zu leiden haben. v. Hehren sagte u. a.: „Der moderne Bergbau fordert von dem Bergmann eine erhöhte Anspannung aller Kräfte, daher können auch ein 1000 Bergleute 600 Krankheitsfälle pro Jahr. Die Knappschaftsrente beträgt nur 4.9 monatlich; sie wird durch die Reichsrente um vielleicht 27 erhöht, aber die Reichsrente fällt wieder weg, sobald der Anwaltschein wieder ein in der irdischen Luft erholt hat. Ganz unzureichend sind auch die Renten- und Malienrenten der Knappschaftsvereine; bringend notwendig ist eine reichsgesetzliche Regelung.“

Der Abgeordnete Schiffer führte u. a. folgende Tatsachen an: „Die Arbeit des Bergbauers ist in dem Jahre 1907 von 1896—1905 immer ruhmreicher geworden. Die Zahl der Unfälle stieg in dieser Zeit um 20 pZt., die der Krankheitsfälle von 50 pZt. der Bergarbeiter auf 62 pZt., die Zahl der Erkrankten stieg um 84 pZt., die der Krankheitsstage um 101 pZt.; während die Weltmarktpreis nur um 48 pZt. wuchs. Im Gebiete des Allgemeinen Knappschaftsvereins weisen die Zahlen noch schlimmere Verhältnisse auf. So sank das Lebensalter der Bergleute von 48,6 auf 48,0 Jahre. Es kann hier nicht verschwiegen werden, daß an der Verkürzung der Lebensdauer, an der Vermehrung der Krankheits- und Unfälle der Unlust wesentlich Schuld trägt, daß die preussische Regierung und der preussische Landtag nichts Wesentliches auf dem Gebiete des Bergarbeiterluzes getan haben.“

Am gründlichsten, erschöpfendsten und einbringlichsten waren die zweifelhafte Ausführungen des Abgeordneten Hue. Er entwarf ein umfassendes Bild von der skandalösen Ausbeutung und sonstigen ungerechten Behandlung der Bergarbeiter durch das Herrertum: „Was sollte die preussische Vergeltungsnovelle von 1905 nach der Meinung des Zentrums bringen? Eine Verkürzung der Schichtzeit, eine Einschränkung der Arbeitszeit, was ist der Erfolg? In den verschiedenen Bezirken sind seit 1888 noch niemals so viele Leberleiden gemeldet und so viele Schichten verfallen wie im Jahre 1906. An der Schichtzeit ist es gut wie gar nichts geändert worden, ja soweit geht die Ausnutzungsfähigkeit des Organs, daß eine Betriebsverwaltung versucht hat, die Ein- und Ausfahrt der Bergarbeiter als „Mühszeit“ anzusehen! Die Zahl der Unfälle ist im Ruhrgebiet von 41267 im Jahre 1895 auf 46594 im Jahre 1906 gestiegen, die Zahl der Getöteten von 586 im Jahre 1905 auf 677 im Jahre 1906. Das ist gleiches unter der Geltung dieses Gesetzes, das wiederholt hier im Reichstage als ein ammenbuch gepriesen ist. So sieht es mit dem Berggesetz aus: Steine hat man uns gegeben statt Brot!“

Die Erklärung sehr energisch, die preussische Regierung verleihe in dieser Frage nicht das geringste Vertrauen; sie habe in den Geheimnissen des Ministeriums das Material des Wahrheitsbeweises für die Klagen der Bergarbeiter, wage aber nicht, es der Öffentlichkeit mitzuteilen, um den Grubenbesitzern nicht zu nahe zu treten. In diesen Geheimnissen sind u. a. Fälle aufgezählt, in denen einzelnen Kameradschaften 10 pZt., 17 pZt., 18 pZt., 20 pZt., ja bis zu 28 pZt. der gesamten Monatsförderung gemittelt wurden! Dieses Material hat die Regierung den Landtagsabgeordneten, soweit sie in der Kommission saßen, mitgeteilt, jedoch nur verkannt. Was für ein Interesse hat die preussische Regierung gehabt, vor der Öffentlichkeit zu verschweigen, daß das, was die Bergarbeiter über ihren Lohnraub behaupteten, durch die Wirklichkeit noch übertrieben wird? Was für ein Interesse? Mag der Regierungsvertreter Antwort geben. Ich konstatiere vor dem ganzen Lande, daß die Regierung den Bergarbeitern, die um ihr Recht kämpfen, schändliches Unrecht getan hat, obwohl sie das Material in der Hand hatte, der Wahrheit zum Siege zu verhelfen. Ich drücke mich nicht aus, wenn ich das nicht Korruption nenne, sondern nur behaupte, daß die preussische Regierung aus Zucht vor den Zeichenbesitzern die Wahrheit öffentlich nicht gesagt hat.“

Zu seiner Verantwortung der Interpellationen machte der Staatssekretär v. Bethmann-Sollweg gegen die Forderung eines Reichsberggesetzes geltend, es müsse mit solch einem Gesetz noch gewartet werden, weil die Einzelstaaten an der Revision ihrer Berggesetzgebung arbeiten. Ein wertvoller Einwand! Der geheime Oberbergamt Weisner gab zu, daß auf einzelnen Bezirken bis zu 28 Prozent der Wagen gemittelt worden sind, aber trotz dieses Milzens habe der Lohn immer noch über 4.5 täglich betragen. Wenn das eine Entschuldigend des Unwesens des Bergmannens sein soll, so ist es eine recht unglückliche.

Auch der konservative Abgeordnete v. Brochhausen widersprach der reichsgesetzlichen Regelung des Bergbauwesens. Dieser Herr leistete sich folgende Mahnung: Wenn die Bergarbeiter sich zu Organisationen zusammenschließen auf tüchtigere und wirtschaftliche Grundlauge... dann wollen wir sie unterstützen. (11) Mehr ordnungspolitisch-terroristische Offenherzigkeit kann man nicht verlangen. Glaubt denn der Herr Junker wirklich, damit Eindruck auf die Arbeiter zu machen?

Die Arbeitslosigkeit greift in allen Teilen des Reiches immer mehr um sich. Wie wir mitteilen, sind vor drei Wochen für Berlin durch die Gewerkschaftskommission über 30 000 Arbeitslose festgestellt worden. Die Zahl hat sich seitdem ohne Zweifel erheblich erhöht. Nach dem „Vorwärts“ haben die Berliner Partei- und Gewerkschaftsaktionen in Aussicht genommen, wenn die Aufstellung der Arbeitslosenverzeichnisse abgehalten, in den nächsten Wochen Arbeitslosenversammlungen abzuhalten, um den herrschenden Klagen vor Augen zu führen, wie gewaltig sich Mangel und Elend gesteigert haben. Solche Versammlungen sollten allerdings, namentlich in den großen Industriestädten und -Gebieten, abgehalten werden; denn sie bieten eine treffliche Gelegenheit, dem Volke den ganzen Widerspruch der kapitalistischen Gesellschaftsordnung klar zu machen.

In einer zahlreich besuchten Arbeitslosenversammlung in Cöln wurde eine Mitteilung des Oberbürgermeisters verlesen, wonach er sich bereit erklärt, sämtliche Fallener, die vom städtischen Tiefbauamt beschäftigt werden, zu entlassen. Die freiverbundenen Stellen sollen von einheimischen Arbeitern besetzt werden.

Der gelbe Ritter. Vor etwa einhalb Jahren kam nach Zürich ein hochgeborener, blauäugiger Herr, der Ritter von Goldberg, um dort eine Filiale der berüchtigten französischen „gelben Arbeiterpartei“ zu gründen. Dieser ordnungspolitische Abenteuerer hat nun, wie schweizerische Blätter melden, seine Bemühungen in Zürich „mangelnd“ genügender Unterstützung eingestellt. Die sozialdemokratische Presse teilt mit, der gelbe Ritter habe bei der Eröffnung seines Züricher Geschäfts mit unmaßnahmdiger Weisheit erklärt, daß der schweizerische Arbeiter der geborene „Gelbe“ sei. Goldberg, der hergelauene fremde Gast, wie die Gegner ausländische Sozialisten zu benennen beliebten, hatte

teilens des Unternehmertums. Längere Zeit hindurch große persönliche und materielle Unterfertigung erhalten, um planmäßig und selbstbewußt die Arbeiterkraft zu zerpfücken, und wenn nun trotzdem das Endergebnis nur ein flüchtiges Frischlo ist, so ist die Ursache von dem geborenen gelben Schweizerischen Arbeiter gründlich widerlegt. Baldgab hat in seiner „Gelben Arbeiterschaft“ im weitesten Zusammenhang die Sozialdemokratie, insbesondere einzelne Genossen, beschnitten; aber das Frischlo bewirkt, daß man eine schlechte Sache auch nicht mit Gemeinheiten auf die Beine bringen kann. Baldgab hinterläßt immerhin an mehreren Orten verchiedene „gelbe Gewerkschaften“ als Streikbrechervereine, die profitorientierte Unternehmung zur Dämpfung und Niederhaltung der Arbeiter gegründet haben. Aber auch diese gelbe Schmutzwäsche wird bald verschwinden. Die Schweizerische Arbeiterkraft hat die „gelbe Probe“ mitterteils bestanden. Der „gelbe Ritter“ will nun das Präsidium der „gelben Organisationen in der Schweiz“ übernehmen und maßgeblich demnach in Stuttgart aufzulaufen.

Nun, auch die deutsche angesehene Arbeiterkraft wird mit diesen ordnungspolitischen Geschäftsmann fertig werden.

Freiwillige „Arbeitervertreter“. Von einem Kollegen wird uns geschrieben: „Dem Stadtverordnetenkollegium in Lüdenscheid lag in seiner letzten Sitzung ein Antrag vor, Nr. 3000 zum Wiederaufbau der Burg Altena i. B. zu bewilligen. Wie nicht anders zu erwarten war, stieß der Antrag auf den scharfen Widerspruch der sozialdemokratischen Stadtverordneten. Besonders war es unser Kollege Gehres, der sich in scharfen Worten gegen die Verpflanzung des Geldes wandte, daß durch den § 23 des Einkommensteuergesetzes aus den Arbeitslosen herausgeholt werden sei. Wenn man das Geld gerne los sein wolle, so solle man es den maßgebend vorhandenen Arbeitslosen zufommen lassen. Hiergegen wandte sich nun der Führer der hiesigen Freiwilligen, der Stadtverordnete Cohen. Er erklärte mündlich: Die Ausführungen von Gehres bezüglich der Arbeitslosigkeit sind übertrieben; es gibt keine Arbeitslosigkeit. Aber heute arbeiten wir, der bekommt auch Arbeit. Jedes Wort der Kritik würde die Ausführungen des Freiwirtschafters abzuwanden. Es fallen uns aber unwillkürlich die Worte eines anderen Freiwirtschafters ein. Als im Reichstag von der Sozialdemokratie eine Arbeitslosenversicherung verlangt wurde, da lagte der vorherige Abgeordnete Benzmann — es war am 18. Januar 1902 — er gebe dem Minister recht, daß eine solche Versicherung nicht möglich sei. Es gebe eine Menge Leute, die nicht arbeiten wollen und man wolle doch nicht eine Prämie auf die Faulenzer erstatten. Und dabei büßten die Freiwirtschaftler noch um Arbeiterinnen!“

Wie man sieht, findet man die größte sozialpolitische Minderheitsmeinung immer noch im Freiwirtschaft. Aber die Frage der Arbeitslosigkeit sollen sich diese Leute einmal von dem patriotischen Reaktionäre Wohlstandung ein Privatwissen halten lassen, so gar dieser könnte sie mit modernen Ansichten bekannt machen.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

- Hausastädte:**
- Spandenburg (Sperrre über Neben), Oohsenwärdor** (Sperrre über A. Blecken), **Travemünde** (Sperrre über Schörmann);
- Schleswig-Holstein:**
- Kellighusen, Wrist, Wollsmoor** (Streiks), **Apenrade** (Sperrre über Callesen), **Wedel** (Sperrre über Hatje), **Husum** (Sperrre über Petersten), **Itzehoe** (Sperrre über die Alsenische Zementfabrik in Lägerdorf)
- Mecklenburg:**
- Güstrow** (Sperrre über Thielke), **Brunshaupten** (Differenzen);
- Brandenburg:**
- Gaben** (Aussperrung), **Senftenberg** (Sperrre über Ullrich, Margakolonie);
- Pommern:**
- Fyrzt** (Sperrre über Friedrich Berg), **Köslin** (Sperrre über Schüttner), **Neustattin** (Sperrre über Duske);
- Ost- und Westpreussen:**
- Konitz** (Sperrre über Brozokowski in Czerek);
- Posen — Schlesien:**
- Muskau** (Sperrre über Stülpnagel), **Waldenburg** (Sperrre über Tasler in Neu-Salzbrenn), **Weisswasser** (Sperrre über die Opalesenwerke);
- Königr. Sachsen:**
- Leipzig** (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbauteil, Bernat & Söhne, Berlinerstrasse, in L. Gohlis H. Kögel und R. Thiele, Landsbergerstrasse, in L. Leutzsch Eisengießerei E. Becker & Co., in L. Mückern K. Edlich, Hühnerbeimerstrasse, und M. Steyskal, Sohrstrasse), **Potschappel** (Sperrre über das Baugeschäft von Heger), **Döhlen** (Sperrre über die Bauten der Gusstahlfabrik);
- Provinz Sachsen und Anhalt:**
- Halle i. d. S.** (Sperrre über den Fabrikneubau von Prieger & Söhne);
- Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippo:**
- Celle, Nordorney** (Aussperrung), **Braunschweig** (Sperrre über Gröpler, die Arbeit ist in Wolfenbüttele);
- Hessen und Waldeck:**
- Glossen** (Sperrre über Bernhard in Kleinfinden), **Sohmkalden** (Sperrre über Peter);

Bayern:

Seld (Sperrre über Jäger & Werner), **Diessen** (Streik), **Wasserburg** (Sperrre über Nibauer), **Ansach** (Sperrre über Reuter);

Fliesenleger:

Duisburg (Sperrre über Gebr. Bönning), **Barmen-Rittershaus** (Sperrre über Rummhölle), **Elberfeld** (Sperrre über Bross & Hammelsbeck), **Essen** (Sperrre über Köhnen & Grosspeter).

Oesterreich:

Marienbad i. Böhmeß (Streik).

Gau Berlin.

Der **Gubener** Arbeitsverband teilte dem Vorstand unseres Zweigvereins am 15. Januar mit, daß er unserer Resolution nicht zustimmen könne. In dem Schreiben heißt es weiter:

„Es ist den Arbeitgebern nicht eingeleitet den früheren Arbeitsvertrag zu kündigen, sondern ist dieser von Ihrer Organisation gestündigt worden und trotz der abzuwandelnden schwierigen Verhältnisse sogar eine Lohnerhöhung von 4 % pro Stunde gefordert worden. Wie Ihnen bekannt ist, mitgeteilt wurde, soll trotz der allgemeinen schlechten Geschäftslage der bisherige Lohn weiter gestärkt werden. Es sind in dem neuen Vertrage nur einzelne Punkte genau spezifiziert worden, um jede Meinungsverschiedenheit von vornherein auszuschließen. Im unter Entgegenkommen auch weiter zu zeigen, sind wir geneigt, den Eimer für unsere Rechnung weiterzuführen. Falls Sie auf dieses unter erweitertes Entgegenkommen nicht eingehen, sehen wir uns leider genötigt, an unserem Beschluß vom 28. Dezember 1907 festzuhalten und die Arbeit am 20. Januar 1908 einzustellen. Wir legen Ihnen diesbezüglichen Bescheid bis zum 18. Januar 1908, mittags 12 Uhr, entgegen. Sollte der Vertrag wider Erwarten Jhrezeit nicht anerkannt werden, bitten wir um umgehende Rückführung des in Ihren Händen befindlichen Originalvertragsentwurfs.“

Der Arbeitsverband für das Baugewerbe zu Guben, gez.: H. Grütze.

Der Zweigvereinsvorstand hat am 17. Januar geantwortet und darauf hingewiesen, daß der Arbeitsvertrag irt und zwar in mehreren Punkten. Einmal ist der alte Vertrag von den Maurern nicht gestündigt, es ist vielmehr nur eine Veränderung des § 2 — betreffend den Stundenlohn — beantragt worden. Dann ist es aber ein gewaltiger Irrtum, wenn der Arbeitsverband annehmen sollte, daß in dem von ihm entworfenen Vertrage „nur einzelne Punkte genau spezifiziert worden sind.“ Dieser Vertrag ist in seinem grundsätzlichen Teil total verändert und enthält in einer Anzahl Positionen ganz erhebliche Verschlechterungen. Der Zweigvereinsvorstand führt dann fort:

„Wir erklären deshalb nochmals nachdrücklich, daß wir diesen Vertrag nicht zustimmen können und erheben Einspruch gegen die Art und Weise, wie uns derselbe aufgegeben werden soll. Außerdem wollen wir nicht verstehen, daran zu erinnern, daß wir nach wie vor bereit sind, über die von beiden Seiten erhobenen Wünsche und Änderungen in gemeinsamer Beratung einzutreten. Sollte der Arbeitsverband diesen gebrauchlichen Weg ablehnen und zur Aussperrung greifen, so müssen wir ihm die Verantwortung für diesen Schritt überlassen.“

Hochachtungsvoll usw.

Die Sperrre entbieten sich nicht, die Maurer, noch zu beschließen; denn der Eimer wird jetzt vom Arbeitgeber geleistet. Nach dem neuen Vertrage soll er zum Werkzeuge der Gesellen gehören. Die Herren ziehen nun diese Forderung zurück und nennen dies ein Entgegenkommen, ja sogar ein „erweitertes Entgegenkommen“, von dem sie annehmen, daß diese befandete Friedensliebe die Maurer veranlassen wird, nun den neuen Vertragsentwurf mit Haut und Haaren zu schlucken. Die Aussperrung ist somit perfekt; wir ersuchen alle Kollegen und Berufsgenossen, den Zuzug nach Guben streng fernzuhalten.

Inzwischen ist die Aussperrung vorgenommen worden. Es sind beteiligt 62 Maurer, 57 Zimmerer, 4 Bauarbeiter; jedoch ist anzunehmen, daß sich diese Zahlen noch erhöhen werden, weil sich noch nicht alle Ausgesperrten gemeldet haben.

Gau Lübed.

In **Brunshaupten**, wo am 31. Dezember 1907 der Vertrag abließ, reichen die Kollegen am 12. Dezember ihre Forderungen ein. Es sollte eine Arbeitszeitverfängerung von 10 auf 9 1/2 Stunden eintreten und der Lohn von 40 auf 50 % pro Stunde erhöht werden. Außerdem waren noch Anträge auf Regelung der Landarbeit usw. gestellt. Anfang dieses Jahres sandten uns die Unternehmer dann einen Vertrag, d. h. den Mustervertrag des Arbeitsverbandes mit einem Begleitschreiben zu, wir sollten uns darüber äußern, ob wir geneigt wären, auf Grund dieses Vertrages zu unterhandeln. In dem zugegangenen Vertrage ist keine Arbeitszeitverfängerung vorgesehen, der Stundenlohn soll für 1908 nur wie bisher 40 % und vom 1. Januar 1909 bis 31. Dezember 1910 42 % sein. Außerdem sind noch Verschlechterungen betreffend Lohnerhöhung, Landarbeit usw. in dem Entwurf enthalten. Aus tatsächlichen Gründen, und um den Versuch zu machen, eine Einigung zu stande zu bringen, erklärten wir uns zur Unterhandlung bereit. Diese fand am 15. Januar statt. Anwesend war auch der Geschäftsführer des Arbeitsverbandes, und auch die Gauleiter wurden anstandslos zugelassen. Es war aber nicht möglich, ein befriedigendes Resultat zu erzielen. Nach recht lebhaften Auseinandersetzungen haben die Unternehmer am 1. April 1908 an eine Lohnhöhung von 2 % pro Stunde und erklärten gleichzeitig, daß sie dies nur bis zum 22. Januar als bindend für sich betrachteten. Eine Versammlung am selben Abend lehnte dies Angebot mit der Motivierung ab, daß eine Lohnerhöhung von 2 % pro Stunde den Verhältnissen nicht entsprechende, da schon seit zwei Jahren der Stundenlohn nur 40 % betragen habe. Wenn die Preissteigerung der Lebensmittel bedächtig wird, so ergibt sich, daß mit diesem Angebot nicht einmal ein Ausgleich, vielmehr eine Verschärfung der wirtschaftlichen Lage der Kollegen erreicht wäre. Da Brunshaupten Arbeit ist, strotzte die Bauwirtschaft während der Wabestation fast vollständig. Es scheint aber, als wenn die Unternehmer aus reiner Niederträchtigkeit auf ihrem Standpunkt beharren, da man doch annehmen muß, daß auch sie sehr wohl wissen, daß es unmöglich ist, mit einem Jahresverdienst von ungefähr M. 900 eine Familie zu ernähren. Nun die Bauwirtschaft bedeutend

gegen die des Jahres 1907 zurückbleibt, so glauben die Unternehmer um so mehr ihren Brogenhandpunft betreten zu können. Wir werden abwarten müssen. Die Kollegen von auswärts werden erübt, noch jetzt den Zuzug nach Brunshaupten und andere fernaufsuchen bis eine Einigung erzielt ist.

In **Lübz i. M.** mußten wir nach den Bestimmungen des am 31. März d. J. abgelaufenen Vertrages bereits zu Anfang dieses Jahres unsere Forderungen einreichen. Es soll vom 1. April d. J. eine Lohnerhöhung von 37 1/2 auf 45 % pro Stunde eintreten. Die Lohnerhöhung, Sonntags-, Nacht- und Landarbeit usw. einer Regelung unterzogen werden. Am 16. Januar fand auch schon eine Unterhandlung statt. In Anbetracht der rein ländlichen Verhältnisse glauben die Unternehmer die geforderte Lohnerhöhung nicht auf einmal gewähren zu können und boten zum Schluss 4 %, so daß der Stundenlohn 41 1/2 betragen soll. Das Angebot wurde von 22 auf 3 1/2 pro Stunde festgelegt. Alle übrigen Forderungen wurden uns fast anstandslos zugestanden. Der Vertrag soll auch nur für ein Jahr abgeschlossen werden. Die Einmischung des Arbeitsverbandes hatten sich die Unternehmer nach ihrer eigenen Erklärung vorbehalten. Sie wollten selbstständig mit Ihren Leuten und den Vertretern der Organisationen die Lohnfrage zum Abschluß bringen. Eine Verabreichung, die am 19. Januar stattfand, lehnte den gebotenen Stundenlohn ab, weil er nicht im entferntesten einen Ausgleich für die Mehrausgaben darstellt, die durch die Verteuerung sämtlicher Verbrauchsmittel eingetretten sind. Es soll um eine weitere Unterhandlung nachgesucht werden.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übersenden:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedens und
- b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszusprechen ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom

- 13. bis 18. Januar 1908 für folgende Mitglieder erteilt:
- Alb. Hartmann-Garb a. d. O., Verb.-Nr. 7911; Fern. Albert-Garb a. d. O., 70 841; Friedr. Schögel-Frauenhagen, 294 407; Karl Schmidt-Ehln (Frau), 216 518; Fern. Werner-Breslau, 17 790; Aug. Wittner-Breslau (Frau), 16 907; Willy May-Galle (Frau), 24 847; Aug. Schick-König, 294 591; Mar. Müller-Berlin (Frau), 5041; Wilh. Altmann-Berlin, 6379; Wilh. Reuberger-Frankfurt a. M. (Frau), 20 469; Friedr. Welsch-Treuenbriegen (Frau), 104 937; Fern. Mohr-Gumbourg (Frau), 66 803; Fern. Wülfel-Braunschweig, 12 482; Georg Weß-Nürnberg, 91 992; Julius Gödel-Nürnberg, 304 081; Friedr. Krüger-Vernberg, 58 497; Karl Madun-Gr.-Schöneberg, 76 083; Fern. Nielsen-Kiel, 146 262; Ernst Schmitz-Kiel (Frau), 84 308; Gust. Bauer-Altenburg, 50 082; Jacob Kubina-Polen, 48 727; Rob. Wittmann-München, 88 429; G. Holz-müller-München (Frau), 228 708; Otto Brüm-Swinemünde, 125 432; Karl Schmidt-Swinemünde, 125 440; Karl Wender-Frankfurt a. d. O., 69 090; Wilh. Gense-Berlin (Frau), 6248; Wilh. Stockmann-Berlin, 2104; Paul Seidenfängs-Birno (Frau), 152 568; Joh. Wirth-Nürnberg, 351 934; Alb. Gebhardt-Leipzig (Frau), 85 488; Karl Lito-Leipzig (Frau), 85 194; Joh. Kaufmann-Bremen, 115 810; G. Angerling-Magdeburg (Frau), 116 856; Rich. Helmert-Wesba, 277 887; Fern. Roat-Dresden (Frau), 18 008; Friedr. Magge-Marktandorf (Frau), 86 110; Fern. Veier-Marktandorf (Frau), 86 282; Georg Stapp-Frankfurt a. M. (Frau), 190 992; Robert Müller-Weiß (Frau), 143 448; Aug. Hofmeier-Thorn, 181 202; Franz Althoff-Samm, 297 672; Wilh. Fischer-Wittenberg (Frau), 107 868; Aug. König-Berlin, 280 024; Fern. Pfeil-Karlsruhe, 242 439; Aug. Reiter-Gotha, 78 540; Fern. Efflein-Gotha, 154 642; Wilh. Koll-Braunschweig, 12 313; Karl Keller-Rennbahn (Frau), 89 611.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer **J. Köfner, Gumburg 1, Wesenbinderhof 56**, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 12. bis 18. Januar 1908 sind folgende Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

- Guben M. 907,27, Duppeln 888,65, Pforzheim 735,60, Sorau 663,32, Eilenach 637,42, Sabersleben 539,96, Güttrin 494,24, Dödeltsdorf 429,57, Stralsund 428,60, Demmin 414,39, Wodwig 410,16, Gorgast 406,81, Hoflau 401,64, Fürstwalde 380,08, Meidenbach 372,66, König 364,27, Michersleben 352,72, Brück b. Müllingen 336,76, Westerland 332,27, Saarnund 324,61, Güstrow 311,50, Teterow 310,24, Esserberg 295,94, Gardelegen 283,82, Neigersdorf 283,02, Genthin 282,33, Zangermünde 244,16, Weisenberg 214,01, Nienburg a. d. S. 209,18, Gemenbach 187,07, Beer-Deeren 184,78, Heide 180,71, Ribbenau 169,83, Gohensalza 165,24, Lanenburg a. d. E. 156, Verneuden 153,14, Klitz 142,16, Böbzig 136,92, Rotenburg i. Hann. 181,15, Rehdno 118,02, Heegermühle 108,71, Eügen 105,19, Alsbomberg 102,20, Bonn 96,74, Grunna 92,82, Büllingen 90,36, Colmar i. E. 88,64, Eggen 83,90, Schwandorf 81,90, Neuburg 76,64, Gassen 72,58, Gr.-Wudde 70,83, Grönitz 65,82, Reßlingshofen 62,25, Wasserburg i. B. 26,45, Ludwigslust 9, Mannheim 8091,66, Freiburg 12 900, Leipzig 19 668,75, Kiel 7793,37, Würzburg 1183,57, Regensburg 1314,55, Heidelberg 800, Neurußwin 736,78, Burg 706,38, Rendsam 622,44, Königslutter 562,84, Königsmühlengrün 544,78, Schmelen 517,57, Seeling 515,65, Eimburg 514,91, Adeln 500, Magdeburg 481,10, Straubing 479,92, Langenfelau 460,78, Weine 446,90, Sonneberg 427,70, Arnstadt 424,49, Rummart i. Schl. 414,44, Bernfe 396,52, Berleberg 366,86, Wanken a. d. R. 345,50, Fern 320,98, Müllitz 311,28, Alt-Mühlbach 300,06, Waltershausen 278,96, Döben 275,92, Wollin i. E. 267,90, Holttau 265,63, Büllau 269,68, Stortow 261,47, Reichel 245,42, Nordhausen 236,04, Grundenborn 234,48, Stadthagen 232,88, Schöneberg 219,17, Rheinsberg 218,82, Friedersdorf 210,78, Eggen 202,18, Neu-

Organisationen zu schaffen. Der Bund der Landwirte und was dem anhängt, sieht kaum zu den Arbeitgeberverbänden und Innungen. Die Landwirte lassen lieber wer weiß was darauf gehen, als daß sie ohne Kampf die Arbeitszeit verkürzen oder den Lohn merklich erhöhen. Es wehrt sich zwar die Zahl der Gutbesitzer und Pächter, die ihre Bauarbeiten unter Umgehung der Unternehmer in Regie ausführen lassen, aber in der Niederhaltung der Arbeiter sind sie sich einig.

Das Kapitel Bauarbeiter zeigt so gut wie keine Besserung. Die beruflichen Kontrollen wollen 4404 Arbeiter hätten nachgehen haben, aber in den Landbezirken hört und sieht man sehr selten etwas von Kontrollen, ganz bestimmt aber nichts von der Abstellung von Missethäten.

Der Ertragsbeitrag ist in den Vereinen Bamsin, Blumenthal, Kooß, Eichhof, Fiddichow, Laffan, Lübs, Misdroy, Plathe und Zimmowitz sehr schlecht bezahlt worden. Schwierigkeiten wurden anfänglich auch in noch anderen Vereinen gemacht, schließlich haben sich aber doch — abgesehen von einigen Kögeln aus Prinzip — die Überzeugung von der Notwendigkeit und der Billigkeit zur Durchsetzung.

Bei der Agitation machte sich der Lokalmangel recht fühlend bemerkbar. 17 Vereine müssen sich ohne jedes Lokal behelfen, während uns in 26 Orten wohl Lokale aber keine eigentlichen Versammlungsräume zur Verfügung stehen. Wir haben uns ziemlich auf diesen Mangel gewöhnt, wenigstens die Erledigung der Geschäfte etwas erleichtert ist. Die Organisation in ihrem Kauf hält trotzdem weder Danks noch Ehre auf. — Der Lokalmangel ist meist auf die Aufrechterhaltung der Polizeiverwaltungen zurückzuführen. In Anklam ist die Polizeibehörde nicht darauf an, mit Gewalt ein Männervergnügen zu fördern. In Plathe machte der Bürgermeister die Herbergswirtin gräulich. In Greifenberg verhindert das Stadtoberhaupt unsere Vergnügen. Der Amtsvorsteher vom Fiedrichsdorf sieht es gern, wenn die Maurer im Giechhof lange schlafen oder in die Kirche gehen. Sonntags vormittags will er keine Versammlungen leiden. In Zarnen erhält ein meiner Wirt die Kongressen erst, wenn er sich verpflichtet, weder Eisingen noch Versammlungen der Gewerkschaften oder der sozialdemokratischen Partei zu dulden. In Swinemünde wurden die Gewerkschaften ausgehauert. Dies nur einige Proben. Jeder Ort hat in der Beziehung ein Stück Geschichte hinter sich. Es geht zwar auch ohne Lokal und nicht immer stehen die am schlechtesten, die ohne Lokal sind.

Bernachlässigt wird bis auf wenige Ausnahmen die Anschaffung und der Ausbau der Vereinsbibliothek. Meist ist es ein hygienisches Zusammenstellen einzelner gelegentlich angekaufter Werke. Anfänge zum Guten haben Bergen a. M., Stralund, Stettin, Goldberg, Cöslin.

Das Verhältnis unserer Gewerkschaft zu den Bauarbeitern ist als gut zu bezeichnen. Mit den Zimmerern ist es in den meisten Orten gut; in einigen gab es Differenzen über die bei Lohnbewegungen zu beachtende Taktik. In den 16 Orten, wo Kassele betrieben, sind wir angefallen. Das in Stettin bestehende Arbeitersekretariat wird gelegentlich von allen Vereinen in Anspruch genommen. Zur sozialdemokratischen Partei bekennen sich viele unserer Kollegen, sie sind auch Mitglieder derselben.

Die Erledigung der Kassengeschäfte wird nicht immer in die Hand der geeigneten Personen gelegt. Von den rund 150 Personen, die im Gau hiermit zu tun haben, begingst vier Unterhaltungen in Höhe von insgesamt rund M. 400. In einem Falle erfolgte Verhaftung. Man muß doch etwas sorgfältiger in der Personenauswahl verfahren werden. Die Führung der Bücher läuft immer noch zu wünschend übrig, einige Besserung ist eingetreten.

Zur Erledigung der Geschäfte war die Anwesenheit des Gauvorstandes in 443 Fällen an 402 Tagen notwendig. Versammlungen wurden 229 abgehalten, Eisingen 158, außerordentliche Revisionen 20. Verhandlungen mit Unternehmern 26. Der Briefverkehr war sehr lebhaft; es liefen ein 727 Briefe, 387 Karten, 21 Telegramme, 19 Pakete 131 Drucksachen, zusammen 1461 Stück. Versand wurden 689 Briefe, 610 Karten, 32 Telegramme, 17 Postanweisungen, 6 Pakete, 565 Drucksachen, zusammen 1829 Stück. Der Gauvorstand hielt 16 Eisingen ab. Der Kassenschluß gestaltet sich etwas unangünstiger als 1906.

Einnahme.	
Bestand 1906	M. 3390,—
Vom Vorstand (§ 6 c)	8022,87
Für Kreis (§ 8 c, Abs. 4)	1845,15
Beiträge der Vereine	1112,50
Sonstiges	28,86
Summa	M. 9398,88

Ausgabe.	
Für Gehalt	M. 2600,—
eingegangenen Lohn	144,65
Däten	1958,—
Fahrtgeld	1552,40
Bürorente, Mienstien	217,46
Drucksachen	95,—
Porto, Schreibmaterial	202,98
Eisingen	30,60
Verficherung	42,24
Sonstiges	29,99
Summa	M. 6273,82

Abschluß.	
Einnahme	M. 9398,88
Ausgabe	6273,82
Bestand	M. 3125,56
Per Bauk.	M. 1500,—

Witz. Schauer, Vorsitzender. A. Petersdorf, Kassierer.

Gerichte.

Auch eine Organisationsfrage.

Die Momente, die in unserer Agitation und Organisation aufstehen und Berücksichtigung erheischen, werden immer zahlreicher und vielfältiger. Heute möchten wir auf einen hinweisen, der vielleicht gerade in der jetzigen Zeit, wo das Unternehmertum den wirtschaftlichen Niedergang zu beständigen Vorstößen gegen die Arbeiterorganisationen

auszunutzen sich ansieht, besonders wichtig und zeitgemäß ist. Er betrifft den Umgang mit den fremdsprachigen Berufskollegen, wobei wir besonders an unsere italienischen Kollegen denken.

Die moderne Arbeiterbewegung, als deren Glied wir uns stolz bekennen, sieht in allen Arbeitern Brüder, die alle unter den gleichen Umständen leiden und die nur durch solidarischen Zusammengehen ihr Los erleichtern können. Darum sind uns die landfremden Berufskollegen nicht lästige Konkurrenten, denen wir am liebsten den Zugang zu unserem Lande verrammeln möchten, — sondern die noch schlechter gestellten Berufskollegen, die unserer Hilfe bedürfen. Was wir von ihnen fordern, ist nicht mehr, als was wir von jedem deutschen Kollegen verlangen: volle Bekundung der Solidarität. Das Besondere ist unsern Grundfäden, Erfüllung der sich daraus ergebenden Pflichten, dann ist uns auch der Ausländer ein lieber Kollege und Freund. Manche Anzeichen deuten darauf hin, daß diese Auffassung nicht überall in der richtigen Weise begriffen wird. Jedenfalls sind es nur Ausnahmen, wo man in dieser Hinsicht zu wünschen übrig läßt, aber trotzdem ist es notwendig, demgegenüber wieder auf das zu betonen, was uns Gerechtigkeit und Klugheit zu tun gebietet.

Die Zweigvereine, die italienische Mitglieder in größerer Zahl haben, müssen trachten, diesen die Zugehörigkeit zur Organisation lieb und wert zu machen. Leider läßt sich ja der Wunsch nach besonderen Versammlungen mit italienischen Mezerenten, dank der Unmöglichkeit des nach preussischen Maximen regierten Deutschlands nicht allzuoft erfüllen, gleichwohl sollte man aber die Zusammenkünfte der Italiener nach Möglichkeit ausgenutzt. Unter den italienischen Kollegen selbst sind doch immer etliche, die bei richtiger Anleitung wohl zu derartigen Aufgaben geeignet sind. Stets aber sollte der Zweigvereinsvorstand bei diesen Zusammenkünften vertreten sein. Es wird oft nötig sein, in dieser oder jener Angelegenheit eine Auskunft zu geben, oder auch etwa eingeführte unorganisierte Kollegen aufzunehmen. Wo es möglich ist, lege man den schreibgewandten italienischen Kollegen nahe, über wichtige Vorkommnisse an den „Operaio“ zu berichten, damit sie in dem Blatte immer mehr das finden, was es sein sollte: ein Verbindungsglied, das ihnen in der Sprache der Heimat Kenntnisse von ihrem Arbeitsstande vermittelt, das sie auch in der Fremde durch das Band der proletarischen Solidarität zusammenhält. Auf diesem Gebiete war man etwas mehr, als man bis jetzt zu tun gewohnt war. Es darf genügen, wenn wir auf die Notwendigkeit betonen, den Italienern mehr Aufmerksamkeit zu schenken; die in der Praxis stehenden Kollegen werden schon die Mittel und Wege finden, um die gewollte Wirkung zu erzielen.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir nochmals den Wunsch aussprechen, es mit der Bestellung der fremdsprachigen Zeitungen genauer zu nehmen. Manchmal kommen uns die Zahlen der verlangten Zeitungen recht abgerundet vor, und wo man die Probe machte und ohne weiteres weniger zu fordern, erfolgte manchmal gar keine Inanspruchnahme; ein Zeichen, daß mehr Zeitungen verlangt wurden, als man brauchte. Wo nach der Heimat reisende Italiener die weitere Zusendung des „Operaio“ wünschen, ist es am besten, die Adressen der Expedition jenes Blattes zu überreichen, weil dann wenigstens die regelmäßige Zusendung verbürgt ist, während die Zweigvereine oft die Adressen falsch schreiben, was natürlich zur Folge hat, daß die Zeitungen als unbesellbar nach hier kommen. Später beschweren sich dann die Besteller und klagen über Vernachlässigung. Mögen diese Wünsche überall berücksichtigt werden.

Angetretene Kassierer.

Am 10. Januar wurde der Maurer **Albin Heim** aus Lengfeld wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern in Betrage von M. 26,60 zu einer Geldstrafe von M. 30 ebent. 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Das Gericht berücksichtigte seine große Jugend, sonst wäre eine härtere Strafe über ihn verhängt worden.

Am 9. Januar wurde der Maurer **Joseph Köllinger** aus Wilsheim vom Schöffengericht Schillingheim zu einer Gefängnisstrafe von 14 Tagen verurteilt. Er hatte in seiner Eigenschaft als Hilfskassierer des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Einzelmitglied Straßburg i. G., einschläfrige Gelder unterschlagen. In seiner Unterabteilung führte er an, er sei mehrere Wochen krank gewesen. Das Gericht sah dies als Milderungsgrund nicht an, da er während dieser Zeit Krankenerhaltung bezogen habe.

Der Maurer, frühere Hilfskassierer in der Zahlstelle Mengebe (Zweigverein Dortmund) Käfer hat sich vor der Strafkammer in Dortmund wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern zu verantworten. Er hatte M. 20,95 veruntreut. Seit dem 5. November sah er in Unterschlagung. Er wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, zwei Monate wurden ihm auf die Unterbringungshaft angerechnet. Käfer stammt aus Wunthorf bei Hannover.

Abstimmung. Am 6. Januar hielt der Zweigverein Abstimmung seine Generalversammlung ab, die wieder sehr gut besucht war. Kollege Stadler war als Mezerent erschienen. Vor Eintritt in die Tagesordnung befragten die Mezerenten die Möglichkeit der Kassierführung. Der Vorsitzende, Kollege

Schwab, besprach dann die wichtigsten Ereignisse im Vereinsleben des vergangenen Jahres, worauf zur Wahl des Vorstandes geschritten wurde. Gewählt wurde Kollege Simon Elböt als erster Vorsitzender und Kollege Schab als erster Kassierer. Darauf erhaltete Kollege Stadler sein Mezerent. Er besprach die geheime Unternehmerberausammlung in Berlin und ging dann zu einer Erörterung der Lage in München und Südbayern über. Er gab den Kollegen volle Klarheit über die ganze Lage. Seine Ermahnungen im Schlußwort, den guten Mut und festen Willen auch nicht zu verlieren, wenn rings die Welt vom Kampfe dröhnt, und bis dahin fleißig zu agitieren, um unsere Auslichter so gut wie möglich zu gestalten, fanden freundliche Zustimmung. Mit diesem Mezerent fand die Versammlung einen schönen Abschluß.

Bromberg. Am 10. Januar tagte bei Jablonka eine außerordentliche Mitgliederversammlung. Zuerst erhaltete der Kassierer, Kollege Turau, den Kassierenbericht. Danach betrug der Kassierenbericht der Lokalkasse am Jahresschluß M. 1863,61. Auf Antrag der Mezerenten wurde dem Kassierer einstimmig Entlassung erteilt. Darauf wurde die Neuwahl der Vorstandsmitglieder vorgenommen. Gewählt wurden: Johann Meyer als erster Vorsitzender und Eduard Turau als erster Kassierer. Als Ersatzkandidaten für die Vorstandsmitglieder wurden pro Jahr benannt: dem ersten Vorsitzenden M. 100, dem ersten Kassierer M. 900, dem zweiten Vorsitzenden M. 20 und dem Schriftführer M. 20. Nach einer ausufernden Infrage des Vorsitzenden wurde die Versammlung mit einem Hoch auf das Gelingen des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands geschlossen.

Burg b. Magdeburg. Die außerordentliche Mitgliederversammlung des Zweigvereins tagte am 5. Januar im „Höbenzollernpark“. Zuerst wurde die Abrechnung vom vierten Quartal vom Kollegen Ehlers vorgelesen. Die Lokalkasse hat einen Bestand von M. 239,75, davon waren M. 200 auf der Sparrasse belegt. Sollten sich unsere Lokalkassengelder in Zukunft anhäufen, dann sollen sie nicht wieder bei der städtischen Sparrasse, sondern beim Konsumverein angelegt werden, da dann die Gelder für die Arbeiterbewegung wirken. Danach hielt Kollege Lange aus Magdeburg einen kurzen Vortrag über die Absichten des deutschen Arbeiterbundes. Die Ausführungen fanden bei den Kollegen guten Boden. Bei der dann folgenden Wahl des Vorstandes wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. Als erster Vorsitzende der Kollege Otto Mandel, als erster Kassierer Karl Ehlers. Damit fand die Versammlung ihr Ende.

Ermitzschau. Sonntag, den 12. Januar, tagte in der Zentralfesthalle unsere diesjährige Generalversammlung. Leider war der Besuch nicht so, wie es die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert hätte, standen doch sämtliche Neuwahlen und der Jahresbericht auf der Tagesordnung. Den Bericht erstattete der bisherige Vertrauensmann Kollege Reumann. Die Fluktuation der Mitglieder war sehr stark. Am Jahresschluß 1906 hatten wir 235 Mitglieder, die Zahl stieg im zweiten und dritten Quartal auf 416, um zum Schluß 1907 wieder auf 296 (darunter 6 Ehrenmitglieder) zu sinken. Der Rückgang der Mitglieder ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß beim Eintritt des Winters viele böhmische Kollegen, die in diesem Jahre in ganz besonders großer Anzahl hier beschäftigt waren, in ihre Heimat abgereist sind. Die Baubaujunktur war im verflohenen Jahre gut. Von den Mitgliedern wurden vier zum Militär eingezogen; einen Kollegen hat uns der Tod entziffen. Es wurden sieben öffentliche Versammlungen abgehalten, die Schlichtungskommission trat dreimal in Tätigkeit, während der Vertrauensmann zweimal gesungen war, mit dem Vertreter der Unternehmer ein erstes Wort zu reden, um unseren erungen Lohn hochzuhalten. Der Kassierenbericht ergab folgendes Bild. In die Hauptkasse wurden abgeführt M. 4325,66, die Einnahme der Lokalkasse betrug M. 1919,19, die Ausgabe M. 1274,87, so daß ein Kassierenbestand der Lokalkasse von M. 644,32 vorhanden ist. Die Möglichkeit der Abrechnung wurde von den Mezerenten befragt. Bevor zur Neuwahl geschritten wurde, beschloß die Versammlung, die Geschäftsführung zu teilen und in Anbetracht der Zunahme der Mitglieder einen Bevollmächtigten und einen Kassierer zu wählen bzw. in Vorschlag zu bringen. Als Bevollmächtigter wurde Kollege Rich. Böttger, als Kassierer Ernst Reumann in Vorschlag gebracht. Zu der am 18. Februar stattfindenden Konferenz wurde Kollege R. Böttger als Delegierter bestimmt. — Kollegen, es ist nun Pflicht eines jeden Mitgliedes, kräftig für den Ausbau unserer Organisation zu agitieren, die Versammlungen zu besuchen und die Zeitung zu unterstützen. Auch ist es Pflicht jedes Kollegen, unsere Presse, das „Schäffische Blättchen“, zu abonnieren und zu lesen und sich der politischen Organisation anzuschließen. Tue also jeder seine Pflicht dem Verbande sowie der Partei gegenüber, damit die Maurer in Ermitzschau in allen Stücken auf der Höhe der Zeit stehen.

Dortmund. Die Zahlstelle Eltgenbornum hielt am 12. Januar eine Mitgliederversammlung ab, die aber nur schwach besucht war. Diese Interessiertheit der Mitglieder muß in Zukunft aufhören, wenn wir unseren Gegnern stark und wohlgerüstet gegenüberstehen wollen. Zuerst wurde die Vorstandschaft vorgenommen, wobei der erste und zweite Vorsitzende bitten, von ihrer Wiederwahl abzusehen. An ihrer Stelle wurden die Kollegen Gauslitz und Feige gewählt. Als Kassierer wurde Kollege Vertram wiedergewählt. Danach erstattete der Kassierer, Kollege Vertram, den Kassierenbericht, dessen Wichtigkeit von den Mezerenten befragt wurde. Unter Berücksichtigung der Kollege Willekopp auf die bevorstehende Lohnbewegung hin; er meinte, daß es jetzt bald Zeit wäre, um uns mit dieser Frage zu beschäftigen. Es wurde beschlossen, zur nächsten Versammlung einen Mezerenten zu bestellen. Sodann beschäftigte sich die Versammlung mit dem Abschluß dreier Kollegen wegen rückständiger Beiträge. Es wurde beschlossen, diese Kollegen zur nächsten Versammlung einzuladen. Hieran wurde die Versammlung geschlossen. Den Kollegen von Eltgenbornum und Meerfunde rufen wir zu: Beachtet die Versammlungen besser und pünktlicher, nur dann können wir über unsere Lebenslage und über die Missethäten im Berufe beraten; nur dann Euch zu tun gebührt, agitiert eifrig für unseren Verband, dann werden wir auch in Zukunft nichts zu fürchten haben.

und Wege gefunden werden, um Abfälle zu schaffen. Es wurden ausgefertigt 157 Briefe, 164 Postkarten, 1 Telegramm, 58 Pakete; 648 Kreuzbandendungen, 20 Gebirgsbindungen und 5 Beschnadbandendungen. Eingegangen sind: 158 Briefe, 44 Postkarten, 1 Telegramm, 62 Pakete, 56 Kreuzbandendungen, 9 Gebirgsbindungen, 3 sonstige Druckbandendungen. Abgehallen wurden 27 Veranlassungen, darunter 5 außerordentliche Vorstandssitzungen fanden 26 und 7 gemeinschaftliche statt. Ausserdem waren Mitglieder des Vorstandes 51 mal an sonstigen Sitzungen beteiligt. Wandeltageveranstaltungen fanden 8 statt. Vorträge wurden in 5 Versammlungen und in einer Wandeltageveranstaltung gehalten. Politische Anmeldungen wurden zwölf erstattet. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 1906 688; im ersten Quartal 1907 611, im zweiten 640, im dritten 613, im vierten 577 oder durchschnittlich 609 pro Quartal. Neu eingetreten sind 90 Kollegen. Ausgetreten 39, abgereist (abgemeldet) sind 227, davon zum 31. März d. J. Demnach haben sich 195 nicht abgemeldet. Gestorben sind 4, ausgetreten 11, wegen rückständiger Beiträge getriebene 4, Ehrenmitglieder sind 23 vorhanden. Beitragsrückstände hatten am Jahreschluss 48 von 1 bis 9 Wochen und 3 über 9 Wochen. Die Einnahme für die Hauptkasse ergab: für 15008 Markten à 60 M. 9001,80, 8534 à 56 M. 4789,80, 44 à 50 M. 22,74 à 40 M. 1,280, 251 Arbeitslosenkonten à 25 M. 62,75, 66 Eintrittsmarken à 50 M. 33, 23 à 1,50 M. 34,50, 1 à 3 M. 3, 2 Erlagbücher à 25 M., Zufuß bei Streiks M. 1247,09, Sonstige Einnahmen M. 106,20. Summa M. 15202,94. Die Ausgabe gestaltete sich folgendermaßen: Abgehende Gelder (Beiträge usw.) M. 7633,61, für Streiks M. 1574,84, für Reiseunterstützung im Winter 96 Kollegen M. 78, Reiseunterstützung an 42 Streikende M. 63, Krankenunterstützung an 95 Mitglieder M. 1691,95, Streikunterstützung an 6 Mitglieder M. 445, Anteil des Zweigvereins aus den Beiträgen usw. M. 8713,59. Summa M. 15315,03. Demnach sind M. 112,14 für Beiträge an die Hauptkasse übrig abgehend, die jedoch aus der Einnahme von den Ertragsbeiträgen ausgeglichen sind. An Ertragsbeiträgen gingen ein: für 5531 Extramarken à 60 M. 3378,60, 167 à 50 M. 8350, Summa M. 3462,10. Gesamteinnahme für die Hauptkasse M. 18665,04. Einnahme der Lokalfasse: An Kassenbestand vom vorigen Jahre M. 2870,90, Anteil des Zweigvereins aus den Beiträgen M. 8713,59, örtliche Zuschüssebeiträge à 5 M. 896,40, Kolportagemarken à 30 M. 2032,50, an Schriften, Skandelen und Protokollen M. 23, für Futtermal M. 9,30, sonstige Einnahmen M. 970,88, Summa M. 10016,55. Ausgabe der Lokalfasse: Für Schriften M. 106,80, an den Gewerkschaften M. 124,80, Arbeitersekretariat M. 661,70, Gewerkschaftsartikel M. 46,78, Bauarbeiterkongresskommission M. 67,83, für Streiks und Wandertagen M. 878,26, Ortsunterstützung M. 166,70, Bibliothek M. 33,30, Agitation M. 103,65, Delegation M. 28,40, Statistik M. 8,40, Übung Vorleser (König) M. 40, Entschädigung des Vorstandes M. 186,75, Bureau (Miete und Verwaltung) M. 225,45, Sitzungsgelder M. 865,70, Annoncen M. 176,33, Porto und Schreibmaterial sowie sachliche Verwaltung M. 99,79, Kolportage des Grundstein und Einziehung der Beiträge M. 1541,16, Verleihen M. 488,25. Summa M. 6568,98. Kassenabschluss: Einnahme M. 10016,55, Ausgabe M. 5568,98. Kassenbestand M. 4668,19, per Bank belegt M. 4446,01. Die Gesamteinnahme für Haupt- und Lokalfasse ergibt nach Abzug der Kassenbestände z. M. 20743,81 oder pro Mitglied M. 34,16. Der Markenumsatz ergab nach Abzug der Ehrenmitglieder, die keine Beiträge zahlen, M. 40,05 pro Mitglied. Das verfloßene Jahr war, wie schon gesagt, ein Jahr guter Bautätigkeit, die jedoch zu Ende des Jahres außerordentlich schnell nachließ, was wohl hauptsächlich in der Rezession auf dem Weltmarkt und auf den Einfluß der Witterung zurückzuführen ist. Das Jahr 1908 wird aller Voraussicht für Milder ebenfalls eine ziemlich gute Bautätigkeit bringen, wenn nicht außergewöhnliche Verhältnisse dies hindern, da noch größere Sitzungsbauten zu den noch im Bau begriffenen in Aussicht genommen sind, so daß zu erwarten ist, daß der am 31. März d. J. ablaufende Tarif bei einigem guten Willen ohne Kampf erneut abgeschlossen werden könne. Der gute Wille scheint jedoch bei dem Unternehmern nicht vorhanden zu sein, wie die „geheimen“ Verhandlungen in Berlin gezeigt haben. Nach diesen wollen die Unternehmer nur allein bestimmen, so daß Verhandlungen ganz erfolglos erschienen. Doch auch wir haben unsere Position gefestigt, und nachdem uns der Plan der Unternehmer portiert, wird wohl kein einseitiger Kollege über die Erhebung des Ertragsbeitrages großen. Eine gute gefüllte Kasse ist das beste Mittel, das wir diesen Plänen entgegenzusetzen können. Sollte ein Kampf unternehmlich sein, so werden wir uns auch hiermit abzugeben wissen. Werfen wir einen Rückblick auf die Ereignisse im Zweigverein im verfloßenen Jahre, so wollen wir zunächst der Sperre über das Sozialismerk denken, die vom Jahre 1906 mit herübergenommen wurde und die dadurch entstand, daß der Unternehmer den hier üblichen Arbeitstaxi nicht anerkannte. Nach Verhandlungen mit dem Unternehmer, die zu unserer Zufriedenheit ausfielen, konnte die Sperre aufgehoben werden. Weiter verhängte der Zweigverein eine Sperre über die Firma „Komet“ aus Stettin, die auf der Delnauke in Siemens Wägenbauwerk auszuführen hatte. Nach mehrwöchiger Arbeit in Stundenlohn verlangte die Firma von uns einen dort beschäftigten 21 Kollegen Arbeitslohn. Als am Tage zuvor neun Mitglieder der „Freien Vereinigung“ aus Hamburg die Arbeitsort dort aufnahmen und unsere Kollegen sie auf Verlangen verweigerten, wurden sie am Abend entlassen. Darauf wurde unsersorts dort die Sperre verhängt. Die Mitglieder der „Freien Vereinigung“ haben die Arbeit als Streikbrecher fertiggestellt. Nach Fertigstellung der Arbeit wurde die Sperre aufgehoben. Die Arbeitsmieteung einiger Kollegen bei der Firma Heintzen in der Königstraße wurde von dem Arbeitgeberverband als ein „Komplottmäßiger“ Tarifbruch (welch lächerlicher Unfug) angesehen. Eine Veranlassung, die zu dieser Angelegenheit einberufen wurde, beschloß: Da unsersorts keine Sperre besteht, liegt es jedem Kollegen frei, dort in Arbeit zu treten. Wenn das Solidaritäts- und Organisationsbewußtsein bei allen Kollegen so ausgeprägt wäre, wie dies zu wünschen ist, würden uns manne unliebsamer Saden eripart bleiben. Der Tod hat im verfloßenen Jahre die Kollegen F. David, F. Samann, J. Ederer, und J. Geyer aus unsrer Reihen gerissen. Trotz der guten Bautätigkeit meldeten sich 88 Kollegen arbeitslos; 29 Kollegen meldeten sich jedoch nicht wieder als in Arbeit lebend ab. Von den verbleibenden 57 Kollegen waren arbeitslos: 25 bis zu 10 Tagen mit 1284 Tagen, 13 bis zu 20 Tagen mit 120 Tagen, 8 bis zu 30 Tagen mit 1994 Tagen, 2 bis zu 40 Tagen mit 75 Tagen, 4 bis zu 50 Tagen mit 225 Tagen und 5 mit mehr als 50 Tagen mit 237 Tagen; zusammen 1605 arbeitslose Tage oder M. 5126,40 Lohnausfall,

auf den einzelnen Kollegen im Durchschnitt M. 89,93%. Die Straußensitzer war in diesem Jahre ebenfalls recht bedeutend. Es waren 96 Kollegen zusammen 319,2 Wochen krank. Eine Statistik über die Zahl der Kränkungen ergab, daß 172 Kränkungen im Zweigvereinsgebiet vorhanden sind. Eine weitere Statistik, betreffend das Volumen der politischen Tagespresse, ergab, daß circa 8 pct. diese nicht halten resp. nicht lesen. Diese Kollegen leihen den Wert dieser Presse noch nicht beizubringen zu haben. Die Bibliothek hat einen Bestand von 339 Büchern, das ist gegen das Vorjahr ein Mehr von 10 Büchern. Die Ausgabe für die Bibliothek betrug M. 33,50 für Neuanschaffung M. 8,50 und für Buchbinderarbeit M. 24,80. Die Kasse der Bibliothek hatte eine Einnahme von M. 6,26. Milder wurden 832 ausgegeben oder 20 Milder weniger, was sehr beachtenswert ist. Die Revisionen haben 8 mal an den Kolportage- und Quartalsabrechnungen teilgenommen. Unvermehrt Revisionen wurden 10 vorgenommen. Die Revisionen bestätigten, daß die Kasse stets in Ordnung befunden wurde. Da in Schlup und Lungegend eine Anzahl Kollegen vorhanden ist, ist auch unterrichts dort die Agitation einzufallen worden. Es haben in Schlup 5 und in Klücht 2 Veranlassungen stattgefunden, in welchen 5 mal Vorträge gehalten wurden. Um aber den dortigen Kollegen mehr als bisher Gelegenheit zu geben, zusammen zu kommen, beschloß eine Zweigvereinsversammlung, in Schlup eine Hilfszweigstelle zu errichten, damit die Kollegen regelmäßig Veranlassungen abhalten können. Die kommende Zeit heißt große Anforderungen an uns. Es ist deshalb Pflicht aller Kollegen, sich dessen bewußt zu sein und mitzuhelfen, an dem großen Wert der Vereinerung aus der Herrschaft des Kapitals. Die Zeit ist ernst. Wir haben keine Zeit, die Hände in den Schoß zu legen. Darum rufen wir den Kollegen zu: „Auf die Schanzen!“

Mittweida. Am 14. Januar tagte hier, im Saale der „Sängerhalle“, eine öffentliche, stark besuchte Maurer- und Bauarbeiterversammlung, um gegen das vom Unternehmern und Bauarbeiter geplante Mittel an unsere Organisation zu demonstrieren. Obwohl diese Veranlassung unter den unglücklichsten Verhältnissen stattfand, waren unsere Kollegen von hundertweit entfernt an Ort erschienen. Das Material, die Bestimmungen des deutschen Bauarbeiterbundes unter Berücksichtigung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, hatten die Kollegen Jakob Leipzig und Hermann Dresden übernommen. Beide Redner gipfelten und zerstückelten die herabgerockten Absichten der Tarifbindung und fanden stürmischen Beifall. Nachdem der Vorsitzende noch zum Abnommen der „Vollstimmigen“ und zum Beitritt zur sozialdemokratischen Partei aufgefordert hatte, wurde diese impulsive Red amulation mit einem brausenenden Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung geschlossen.

Reudamm. Am 5. Januar fand im „Hotel Kaiserhof“ eine ziemlich gut besuchte Veranlassung des hiesigen Zweigvereins statt. Ehe in die Tagesordnung eingetreten wurde, gedachten die Anwesenden der Toten des Jahres 1907 und ehrten das Andenken durch Erheben von den Plänen. Bei der nun folgenden Vorstandssitzung wurde der gesamte alte Vorstand, bis auf den Kassierer, wiedergewählt. In dessen Stelle wurde der Kollege Otto Kusse neu gewählt. Auch die Hilfskassierer wurden größtenteils neu gewählt. Bei der Revisionswahl wurde das sammelste Verhalten der alten Revisoren getadelt, und den neu bestellten ein Herz gelegt, sich öfter und besser über unsere Verhältnisse zu informieren. Nachdem noch die Lohnkommission und Revisoren für die Hilfskassierer, gewählt waren, wurden dem insolge eines Unfallos noch immer kranken Kollegen Reudamm M. 10 als Unterstützung aus der Lokalfasse bewilligt. Ein Antrag, den 1. Mai im Zweigverein Reudamm durch Arbeitsruhe zu feiern, wurde in Anbetracht der unglücklichen Arbeitsverhältnisse abgelehnt. Mit einem Hoch auf den Zentralverband und den Zweigverein Reudamm wurde die Versammlung geschlossen.

Wirma. Sonntag, den 2. Januar, tagte die von circa 90 Kollegen besuchte Jahreshauptversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben des Kollegen Stephan Hoffenthal durch Erheben von den Plänen geehrt. Hierauf verlas Kollege Herr die Quartalsabrechnung von 4. Quartal; diese ergab für die Hauptkasse eine Einnahme von M. 2414,35; für die Lokalfasse eine Einnahme von M. 3894,25 und eine Ausgabe von M. 724,87, bleibt demnach ein Kassenbestand von M. 3169,38. Nachdem die Revisoren Weid und Verch befunden hatten, Kasse und Bücher in bester Ordnung befunden zu haben, wurde dem Kollegen Herr Dehage erteilt. Anschließend an den Quartalsbericht erstattete Herr den Jahresbericht, hieraus ist zu ersehen, daß wir trotz der kranken Bautätigkeit noch wesentlich gut gefahren sind. Es seien hier nur einige Punkte angeführt. So hatten wir 3 A. eine Einnahme für die Hauptkasse von M. 5677,05. Zugab hatten wir so gut wie gar nicht. Der Postverkehr bewegte sich in der gleichen Höhe wie im Vorjahre. Die Eingänge betragen: 256 Postkarten, 174 Briefe und Gesandtpapiere, 81 Druckfäden, 68 Pakete und 8 Gebirgsbindungen, die Ausgänge dagegen 288 Briefe, 163 Postkarten, 22 Druckfäden, 16 Gebirgsbindungen, und 7 Pakete; der Grundsteinverband ist hierin nicht mit eingerechnet. Die Benutzung der Bibliothek war eine sehr reg. Sie beschloß zur Zeit aus 180 Büchern im Werte von circa M. 500. 1907 wurde sie von 44 Kollegen benutzt und 136 Wände wurden an diese ausgeliehen. Die Reudamm der Verwaltung für 1908 ergab eine Wiederwahl des Kollegen Herr zum ersten Vertrauensmann mit 71 Stimmen. In bezug auf die Wärmehilfe stellte Weber den Antrag, aus Vorkommen M. 30 der Wärmehilfsverwaltung zur Unterhaltung der Wärmehilfe zu überweisen, was auch gegen eine Stimme beschloßen wird. Weiter werden den Hinterbliebenen des verstorbenen Kollegen Stephan auf Antrag Herr, weil er noch nicht zwei Jahre dem Verband angehört und deshalb noch nicht unterstützungsberechtigt war, 20 M. aus Lokalmitteln einstuftig bewilligt. Es wurde dann die Hilfe der Gestrudenen verlesen. Es waren 22 Namen, gewiß kein erfreuliches Zeichen. Ferner wurde die Lageabhaltung von Veranlassungen kritisiert; dieses wird von den Kollegen Herr und Gaiswald bestätigt, aber zugleich den Kollegen der Vorkommnisse gemacht, daß so daran die Schuld selber tragen, indem sie die wenigen Veranlassungen auch noch schlecht beucht hätten. Wenn diese Veranlassungen abgehalten werden sollten, so müßte jeder Kollege für jeden Abend Sorge tragen. Es sei schon deshalb Pflicht eines jeden einzutreten, in den Veranlassungen zu erscheinen, weil wir nahe am Anfang der Bewegung ständen. Es wurden dann noch einige ungewöhnliche

Sachen erlegt, worauf der Schluß der gutbesuchten Veranlassung eintrat.

Breese. Am 11. Januar hielt der hiesige Zweigverein eine Mitgliederbesprechung ab. Nach Erledigung der Berichte wurde zur Vorstandswahl geschritten. Gewählt wurden Kollege Timm als erster Vorsitzender und Kollege Klamm als erster Kassierer. Eine Mitteilung des Zweigvereins Kiel wurde durch Ubergang zur Tagesordnung erledigt. Ein Antrag, die Beiträge zur Lokalfasse für die Wintermonate auf die Hälfte herabzusetzen, wurde abgelehnt. Eine längere Diskussion entfachte die Umgehung des Lohntarifs durch Maurermeister B. Mahmann. Laut unserem Lohnarif muß bei allen Bauten anseherhalb der sogenannten Stadtblänge ein Aufschlag von 30 % täglich gezahlt werden. Diesen Aufschlag beim Bau der Zimtschule zu zahlen, hat sich Mahmann geweigert. Die Veranlassung sprach ihre schärfste Mißbilligung über das Verhalten Mahmanns aus, verurteilte aber ebenfalls die dazugehörigen Kollegen, die sich das haben gefallen lassen. Die Ortsverwaltung wurde beauftragt, sofort die Angelegenheit auf einmündig für die Organisation befriedigenden Abschluß zu bringen. Dann wurde noch mit einigen säumigen Kollegen scharf ins Gericht gegangen.

Reichenhaff. Der hiesige Zweigverein hielt Samstag, den 11. Januar, seine Generalversammlung ab, die verhältnismäßig gut besucht war. Aus der reichhaltigen Tagesordnung nahmen besonders zwei Punkte das Interesse der Mitglieder in Anspruch, nämlich die Berichte über das vergangene Jahr und die Neuwahlen. Bericht erstattete der erste Vorsitzende, der kurz die Tätigkeit und das fertige geschäftliche Gehären des Zweigvereins schilderte, woraus zu ersehen war, daß der Zweigverein, wie wenige andere uneres Verbandes, unter Mitgliederwechsel zu leiden hat. Der Jahresbericht des ersten Kassierers, der den Mitgliedern wohl zum ersten Male mitteilen konnte, daß das ewige Defizit in der Kasse verschwunden ist, daß ein Kassenbestand von M. 280 vorhanden ist, wovon M. 250 einstragend angelegt sind. Der Bericht der Delegierten zur Bauarbeiterkongresskommission wies nach, daß trotz aller Mühe und Arbeit und obgleich wir tariflich schiefgelegt haben, daß die Bestimmungen über Bauarbeitergesetz auf das strengste eingehalten werden müssen, es bei uns betreffs Bauarbeitergesetzes noch sehr viel zu tun gibt. Der Bericht des Arbeitsnachweisers legte dar, wie viele Kollegen pro Monat von Deutschland und von Oesterreich vermittelt wurden, fragte aber auch, daß sich sehr viele ältere Kollegen um den Arbeitsnachweis gar nicht kümmern. Wäre die starke Organisation nicht, so wäre der Arbeitsnachweis gar oft lähm gelegt. Aus dem Bericht über das Gewerkschaftsartikel war zu ersehen, daß überhaupt bei allen Zweigvereinen intensiver gearbeitet wird. Hierauf stellte Kollege Stolz den Antrag auf Entlassung des Gesamtanwaltes. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Reudsburg (Jahresbericht). Zu Anfang des Jahres reichten wir unsere Forderung ein: 58 1/2 Stundenlohn und neunemittelständige Arbeitszeit. Auf diese Forderung wollten sich die Unternehmer nicht einlassen; sie boten uns erst 53 1/2 pro Stunde und stellten uns die Arbeitszeit frei; die Kollegen beharrten aber auf ihrer Forderung. Die weiteren Verhandlungen führten zu dem Resultat, daß wir vom 1. April bis 1. Oktober 1907 53 1/2 bekamen, vom 1. Oktober 1907 bis 1. April 1908 55 1/2 und vom 1. April 1908 bis 1. April 1909 57 1/2 und die neunemittelständige Arbeitszeit erhalten. Wir haben innerhalb zweier Jahre 9 1/2 mehr Stundenlohn und die neunemittelständige Arbeitszeit ohne Streik errungen, womit wir bereits zuzufrieden sein können. Arbeit war im letzten Sommer genug vorhanden, so daß viele zugereichte beschäftigt werden konnten. Deshalb hatten wir auch einen guten Kassenabschluß. Die Einnahme betrug M. 2947,75, die Ausgabe betrug: für Krankenunterstützung M. 101,80, für Reiseunterstützung M. 101,50, für sonstige Ausgaben M. 23,25. Aus Anteil der Lokalfasse verbleiben M. 721,20, so daß an die Hauptkasse M. 2065,80 abgereicht werden konnten. Der Bestand der Lokalfasse ist M. 478,32, wovon A. 340,10 auf der Bank belegt sind. Es fanden 22 Mitgliederbesprechungen statt, die von den hier anwesenden Kollegen schwach besucht waren. Die Kollegen haben erst mal eine kleine Lohnaufbesserung bekommen und denken, was soll man nun noch in die Veranlassungen gehen. Die Kollegen sollten aber bedenken, daß wir nicht immer so gut mit den Unternehmern auskommen wie diesmal. Die Stellen sind auch einmal auf einen anderen Standpunkt, dann heißt es: gerührt dastehen. Ferner fanden 14 Sitzungen des Vorstandes und der Lohnkommission statt; auch hatten wir zwei öffentliche Veranlassungen, die sich hauptsächlich mit unserer Lohnforderung beschäftigten. Für dieses Jahr sieht es mit der Arbeitslosigkeit noch trübe aus; hoffentlich wird es im Sommer besser.

Schnalshafen. Am 12. Januar hielt der Zweigverein seine Generalversammlung ab. Von 119 Mitgliedern waren leider nur circa 30 erschienen. Die Jahresrechnung wurde vom Kassierer vorgelesen; sie wurde für richtig befunden. Als erster Vorsitzender wurde der Kollege Heinrich Rindnagel vom Schnellbach einstimmig gewählt, als Kassierer Wilhelm Tändler. Als Delegierter zur Konferenz wurde Gustav Müller einstimmig gewählt. Der Lokalzuschlag wurde nicht erhöht, da wir erst am 6. November eine Erhöhung von 5 % beschloßen hatten.

Schopfloch. Auf Anregung des Gewerkschaften fand am 12. Januar eine Verwaltungsversammlung statt. Für Hauptzweck war die Beitragsregelung, um einmal den unergütlichen Vorgehen in den Veranlassungen und auf den Bauten ein Ende zu machen. Die Kollegen müssen doch bedenken, daß unsere Ziele nicht zulassen, daß wir unserer Organisation durch künstliche persönliche Nebenreden Schaden zufügen. Weg mit allem Egoismus, das Wohl der Allgemeinheit der Kollegen muß uns höher stehen! Der Ausschluß des früheren zweiten Vorsitzenden durch den Verbandsvorstand, der von einem Teil der Kollegen nicht gebilligt wurde, wurde ebenfalls erörtert. In ihrer Weisheit war die Verwaltung der Meinung, in diesem Falle nicht einzutreten, sondern erst den Beschluß des Ausschusses über die eingeleitete Gewerbe abzuwarten. Der Verwaltungsversammlung ging eine Mitgliederbesprechung voraus, die sehr gut besucht war. Darin erstattete der Kassierer, Kollege Hefemann, Bericht über die Kassenverhältnisse, Beitragsleistung usw.; ihm wurde Entlastung erteilt. Was die Beitragsleistung anbelangt, so muß leider betont werden, daß es einige Kollegen gibt, für gut fanden, den Einkassierungen von gewisser Seite Gehör

Das Baujahr 1907 nach Arbeiterverhältnissen.

(Schluß)

Im Gau Magdeburg — Regierungsgesetz Magdeburg, Herzogtum Anhalt und der braunschweigische Kreis Mansfeld — zeigte sich, wie in den meisten anderen Gebieten, daß die Konjunktur am dem platten Lande bedeutend besser war als in der Mehrzahl der Städte. Das dürfte auf die schon mehrfach erwähnten Ursachen zurückzuführen sein. Von den Städten hatten Aschersleben, Lützenburg, Salzwedel und Stendal eine Bautätigkeit, die sich über das Mittelmäßige erhob. In Stendal erforderten die Katernenbauten viel Arbeitskräfte; hier trat indes schon im dritten Quartal ein kleiner Rückgang ein. In Stendal ließ die flotte Bautätigkeit, die im Frühjahr vorhanden war, im Sommer zwar etwas nach, aber gleichwohl war die Zahl der beschäftigten Maurer bis in den Herbst hinein größer als im Jahre 1906. In den meisten anderen Orten war die Konjunktur eben hinsichtlich, um den vorhandenen Arbeitskräften Arbeit zu finden. Eine ausgedehnte solche Bautätigkeit hatten Veruburg, Dessau, Halberstadt und Magdeburg. In Magdeburg war während des ganzen Jahres eine wechselnde Anzahl von Kollegen arbeitslos. In Halberstadt war mit Ausnahme einiger Wochen im Juni das Vieh der Fall. In den Orten mit schlechter Konjunktur gehörten auch Sangerhausen und Schönebeck. Auch hier gab es fast während des ganzen Jahres arbeitslose Kollegen. In Magdeburg ist die Zahl der Beschäftigten zu Ende und größeren Um- und Umbauten von 512 im Jahre 1906 auf 475 im Berichtsjahre zurückgegangen. Die Zahl aller Baugenehmigungen betrug 1906 1814, im Berichtsjahre 1245. Der Wohnungsbau hat seinen Rückgang erfahren, der Ausfall ist besonders bei den kleinen Um- und Umbauten zu sehen; jedoch ist nicht zu übersehen, ob nicht manche gemeinnützige Projekte unangeführt blieben, was, wenn es der Fall sein sollte, auf die Verteuerung der Gelder zurückzuführen sein würde.

Außerordentlich eingehend berichtet der Gau Hannover. In der Stadt Hannover war die Bautätigkeit bis in den Spätherbst hinein sehr gut. Dann kam eine Abflauung, die zeitweise sogar eine merkliche Arbeitslosigkeit brachte. Die Hauptmasse der Arbeitsgelegenheit arbeitete auf industriellen und handwerklichen Bauten, die den Wohnungsbau ganz in den Hintergrund drängten. In der Umgebung Hannovers übten die durch die Umgebungsarbeiten notwendigen Arbeiten einen belebenden Einfluß auf den Beschäftigungsgrad aus, der sich auch in der Zement- und Kalkindustrie bemerkbar machte, wo alte Werke erneuert und neue errichtet wurden. Die schnell aufsteigenden Kattener haben ebenfalls viel Arbeit gebracht — einmal durch die Werksanlagen, dann aber auch dadurch, daß sie den bäuerlichen Grundbesitzern viel Geld in die Hand gab, so daß auch diese mehr als sonst bauen ließen. Es scheint aber, als wenn jetzt auch hier sowie in der Stadt ein längerer Stillstand eintreten wird. In der Stadt Hannover hat sich die Zahl der alljährlich genehmigten Wohnhausbauten seit 1904 ständig vermindert, sie ist in dieser Zeit von 207 auf 177 gesunken; von den 177 im Berichtsjahre waren 34 Einfamilienhäuser, die also nicht einmal soviel Arbeit bringen wie ein regulärer Umbau. In Verthe war die Bautätigkeit ebenso gut wie in den letzten Jahren. Es wurden meist Wohnhäuser und Eisenbahnbetriebsgebäude aufgeführt. Anders in Sarstedt; dort war am Orte nur eine Pappfabrik zu bauen. Die überschüssigen Arbeitskräfte fanden auf dem Bauteile eines benachbarten Katteneres Beschäftigung. Im Herbst betraf die Lage etwas. In Celle hatte der Lokalkampf der regen Bautätigkeit ein Halt geboten. Auf dem Lande war besonders durch die Kalkindustrie viel Arbeit. In Wilsdorf a. d. Aller war die Konjunktur durch die Holz- und Kalkindustrie dauernd günstig beeinflusst. Auch in Hildesheim wurde fast gebaut; im Frühjahr wurden 106 Neubauten gefällig. Dazu kamen noch außer mehreren Umbauten zwei Kirchen, eine Schule und einige Eisenbahnbrücken. Im Herbst zeigten sich die Vorboten des Umschlages. — Auch das Landgebiet zeigte gute Beschäftigung. Denselben guten Zug trug die Bautätigkeit in Einbeck. Hier verneigte sich die private mit der behördlichen Bautätigkeit zu einem Niede abzuwenden regen Schaffens. In Bodeneum war nicht viel zu tun; im Herbst ließ die geringe Bautätigkeit noch mehr nach. Dagegen war in Weine und im dazu gehörigen Landgebiet alles voll beschäftigt. Eine im Sommer eintretende Abflauung ging bald wieder vorüber. Außer Wohnbauten wurde eine Schule und ein Sparkassengebäude errichtet. In Walsrode hat der Wohnungsbau fast nachgelassen. Im Jahre 1906 waren 23 Wohnhäuser, im Berichtsjahre nur 14 zu bauen. In dem umliegenden Gebiet war die Bautätigkeit etwas besser. Im durchaus ländlichen Gebiet von Gronau war, nachdem in den vorhergehenden Jahren ziemlich viel gebaut worden war, nicht viel zu tun. In Wortheim hatte die Bautätigkeit gegenüber 1906 sehr nachgelassen. Neun Privatbauwerke und ein Krankenhaus waren zu bauen. Die meisten Maurer waren auf Arbeiten im Landgebiet angewiesen, wo solche auch reichlich vorhanden waren. Neben ländlichen Bauten handelte es sich um Eisenbahnbauteile, Brücken usw. In Goslar war die Konjunktur so schlecht, daß viele Kollegen auf dem Lande arbeiten mußten. Im Herbst wurde es etwas besser. In der ländlichen Umgebung war die Konjunktur gut. In den Gebieten der Zweigvereine Osterode, Hertzberg und Lauterberg war die Konjunktur sehr matt. Dessenfallsige Bauten waren gar nicht aufzuführen; die private Bautätigkeit war auch nur gering. Im braunschweigischen Teile des Gauces hatten nur Wolfenbüttel, Schöningen und Greene eine betriebende Konjunktur. In Wolfenbüttel waren viele öffentliche Bauten auszuführen, in den umliegenden Randorten war nicht viel zu tun. In Schöningen ließ die gute Beschäftigung im Herbst bedeutend nach. Neben einigen öffentlichen Gebäuden wurden zwei Fabriken und 23 Wohnhäuser errichtet. Die gute Konjunktur in Greene ist dem Bauwesen der Bahn zu danken. Schlecht war die Bautätigkeit in Braunschweig, Helmstedt, Königslutter, Eichershausen und Seelen. Ueber Braunschweig ist das Mitge bereits im Jahresbericht des Zweigvereins gesagt worden. In den anderen Orten mußten die Kollegen entweder außerhalb ihres Ortes oder in anderen Gewerben Verdienste finden. In Hameln war die Bautätigkeit ebenso schwach wie in den vorhergehenden Jahren. Außer einem Bahnhofsneubau wurden circa 16 Neubauten aufgeführt. Kleine Umbauten in Verbindung mit der Kanalisation konnten auch nicht viel Einfluß ausüben. In der Umgebung war die Bautätigkeit lebhafter.

Im Bielefelder hatte Detmold eine tote Saison. In früheren Jahren ist hier viel über den Bedarf hinaus gebaut worden, worauf der Rückschlag nicht ausbleiben konnte. Auch im Landgebiet war es nicht besser. Dagegen, hatten Wolfenbüttel, Salzwedel, Veruburg, Hildesheim und Stendal eine gute Konjunktur. In Veruburg brachte die Industrie und der Wohnungsbau viel Arbeit. Salzwedel entwickelte sich zum Vorbote. Veruburg hatte viel Spekulationsbauten, daneben noch am Markte viel Arbeit und waren auch zwei größtenteils gewerbliche Betriebe zu errichten. In Stendal war besonders der Wohnungsbau im Gange. Demgegenüber hat schon seit drei Jahren eine gute Konjunktur; es wurden besonders Wohnhäuser gebaut, die aber das Bedürfnis nach nicht voll befriedigt haben. Im Herbst wurde es hier etwas stiller. Von dem westfälischen Teile des Gauces ist Bielefeld und Herford mit guter Bautätigkeit zu erwähnen. In Bielefeld trat allerdings im Hochsommer auch ein Rückschlag ein; die überschüssigen Kräfte fanden in dem vollbeschäftigten Landgebiet Arbeit. Im Herbst hatte sich übrigens die Stadt auch wieder erholt. Herford zeigte kein merkbares Schwanken in seiner guten Bautätigkeit. In Detmold war die schlechte Konjunktur wohl darauf zurückzuführen, daß in den letzten Jahren wieder gebaut wurde; auch für Wände dürfte das zureichen. In Wieden dämmert die Stille nun schon einige Jahre. Viele Kollegen mußten hier außerhalb arbeiten.

Im Gau Sauerland war die Bautätigkeit im allgemeinen sehr gut. Zeitweise konnte die Nachfrage nach Arbeitskräften nicht befriedigt werden. Aus der Provinz Schleswig-Holstein berichteten 35 Zweigvereine über die Bautätigkeit im verflochtenen Jahre. Nach den Angaben der Zweigvereinsvorstände ergibt sich folgendes Bild:

Die Bautätigkeit in folgenden Vereinen war:

	Schlecht	Mäßig	Gut	Sehr gut
Im 1. Quartal...	3	2	23	8
" 2. " ...	1	2	21	11
" 3. " ...	2	2	19	10
" 4. " ...	2	4	24	6

In den größeren Städten hat die Bautätigkeit im dritten und vierten Quartal etwas nachgelassen. Diese Störung ist wohl namentlich auf die Lage des Geldmarktes zurückzuführen. Neumünster macht eine Ausnahme. Von dort wird für alle vier Quartale über eine schlechte, nur zeitweise mittelmäßige Bautätigkeit berichtet. In Kiel hat die Mitgliederzahl bedeutend abgenommen. Durch das Vorgehen des Arbeitgeberverbandes schloßen sich mehr als 500 Kollegen dem Verbandsverband an. Durch diese Abwanderung war bis zum Jahreschlusse für die anfänglichen Kollegen, trotz der zurückgegangenen Bautätigkeit, volle Beschäftigung, wenigstens von einer Arbeitslosigkeit nichts zu merken. Die von Kiel abgewanderten Kollegen haben, abgesehen von einer geringen Anzahl, in anderen Orten in der Provinz Unterkunft gefunden. Für die ländlichen Bezirke scheint sich auch im kommenden Frühjahr wieder eine lebhafte Bautätigkeit zu entfalten. In den größeren Orten wird aber die künftige Geschäftslage sehr von der Lage des Geldmarktes abhängen. In Hamburg war die Konjunktur in den beiden ersten Quartalen gut, im dritten Quartal verschlechterte sie sich dagegen sehr, im letzten Quartal wird die Bautätigkeit als mittelmäßig bezeichnet. Wenn man die Mitgliederzahlen mitrechnet lassen will, was bei anderen Organisationsverhältnissen wohl gehalten ist, dann sind in den beiden ersten Quartalen mehrere hundert Maurer mehr beschäftigt gewesen als im Jahre 1906. Im dritten Quartal waren es 174 Mitglieder weniger, im vierten Quartal aber wieder 121 mehr als in der gleichen Zeit des Jahres 1906. Nach eigener Beobachtung kam auch wohl in Hamburg von einer ganz besonderen Arbeitslosigkeit nicht die Rede sein. Die Bautätigkeit ist allerdings im Hochsommer ins Stodien gekommen. Der Spekulation stand kein Geld zur Verfügung und dadurch auch hier das Abflauen der Bautätigkeit. Aus den Städten Vögelde und Tug haben laut der Bericht über die Bautätigkeit sehr günstig, ebenso aus den Vierlanden und der Hamburger Enklave Geesthacht, sowie aus dem Landgebiet und aus den Hamburger Waldhöfen. In den zu Vögelde gehörenden Zweigvereinen des Gauces war die Bautätigkeit durchgehend sehr gut, namentlich in Wölgelnburg und Grabow. Nur in Jarrentin war im ersten und vierten Quartal die Konjunktur schlecht. In den zu Hannover gehörenden Gebieten Welschede, Buxtehude, Fock und Dannenberg hatten wir nur eine mittelmäßige Bautätigkeit. Dagegen war die Konjunktur in Harburg a. d. E. sehr gut. Im Kreise Lützow war durch die neu angelegten Kanalschäfte eine außerordentliche Nachfrage nach Mannern. In den übrigen auf Gau gehörenden hannoverschen Kreisen Lüneburg, Lutzow und Weyden war die Konjunktur gleichfalls gut.

Im Gau Bremen zeigten die größeren Orte eine schwächere Bautätigkeit als im vorhergehenden Jahre. Ein besonders harter Rückschlag trat im letzten Viertel des Jahres ein; die Arbeitslosigkeit nahm schon ziemlich großen Umfang an. Nur dadurch, daß das Land viel überschüssige Arbeitskräfte aufnehmen konnte, blieben viele Kollegen vor längerer Erwerbslosigkeit bewahrt. In Bremen wurden nach den Angaben des statistischen Amtes in den ersten drei Quartalen des Jahres 1906 891, und des Berichtsjahres 771 Bauaufträge genehmigt. Das ist also eine ziemlich starke Abnahme. In Bremen haben wir die Bautätigkeit auch bei weitem nicht so lebhaft als in den früheren Jahren. Bestimmte Zahlen liegen leider nicht vor.

In Delmenhorst hat sich durch den langen Streik die Arbeit ziemlich aufgehellt, so daß dort am Schlusse des Jahres eine lebhaftere Bautätigkeit herrschte. Auch nicht, dagegen sah und sieht es in Emden aus. Hier, wo sich die Industrie zu entwickeln scheint, hat man im Jahre 1906 eine erhebliche Bautätigkeit entwickelt, so daß jetzt eine große Anzahl Wohnungen leer stehen, insoweit es sich um die Bautätigkeit für nachgelassen. Inwieweit sich das bemerkbar gemacht hat, ergibt sich aus folgenden Zahlen. Es waren im ersten Quartal 1907 101 Neu- und Umbauten im Bau, im zweiten Quartal 50, im dritten Quartal 10 und im vierten Quartal 3. Soweit unsere Mitglieder noch dort sind, haben sie sich Arbeit in der Umgebung gesucht oder ihren Beruf ausgeübt. Auch in Vegesack ist seit dem dritten Quartal fast keine Arbeit vor-

handen. Nicht traurig, sieht es noch immer in Wilhelmshaven aus. Ganze Straßen stehen öde und verlassen ohne Bewohner da. Am schlimmsten ist die Gemeinde Vant davon betroffen worden, wo die leerstehenden Wohnungen bereits den fünften Teil der bezogenen betragen. Höheres darüber hat Gnosse H. Wagner in Nr. 40 der „Neuen Zeit“ unter dem Titel „Ein modernes Venedig“ geschrieben. Eine rege Bautätigkeit entwickelte sich in Oldenburg und Nordensham; in ersterem Orte wegen des langen Streiks 1906, in letzterem Orte werden gegenwärtig große industrielle Establishments hergestellt, große Mannwerke, wo bis zu tausend Arbeiter beschäftigt werden sollen. Ob die Bautätigkeit anhalten wird, ist vorläufig schwer zu sagen. Nach den Fragebogen, die vierteljährlich verlangt werden, gestaltet sich die Bautätigkeit im ganzen Gau wie folgt: Erstes Quartal 1907: in 23 Vereinen gut, 9 mittelmäßig, 2 schlecht; zweites Quartal: 17 gut, 8 mittelmäßig, 1 schlecht; drittes Quartal: 18 gut, 8 mittelmäßig, 11 schlecht. Das vierte Quartal hat über noch bedeutend schlechtere Resultate gebracht. Wenn trotzdem die Mitgliederzahl im allgemeinen nicht viel zurückgegangen ist, so deshalb, weil auf dem platten Lande größere Arbeitsgelegenheit vorhanden war.

Der Gau Dortmund umfaßt in der Hauptmasse das so wichtige Industriegebiet im Ruhrbezirk. Nach den Berichten der Zweigvereine war die Bautätigkeit

im 1. Quartale...	6 gut, in 12 mittel, in 5 schlecht
" 2. " ...	11 " " 4 " " 7 "
" 3. " ...	4 " " 9 " " 9 "

Während in früheren Jahren die Konjunktur im dritten Quartal stets am günstigsten war, ist es diesmal umgekehrt. In den größeren Städten war die Bautätigkeit während des ganzen Jahres flau. Eine Ausnahme hiervon machte nur Essen. Dagegen war in einer Anzahl kleiner Städte, namentlich in solchen, die außerhalb des Kohlenbezirks liegen, die Bautätigkeit andauernd gut. Häuten wir nicht die große Zahl von neuen Arbeiterkolonien, neuen Zechen, sonstigen industriellen Anlagen, Staats- und Kommunalbauten zu berücksichtigen, dann wäre die Konjunktur sehr schlecht gewesen. So hatten wir unter anderem im

Zweigvereinsbezirk	Kolonienhäuser	Industrielle und Kommunalbauten
Bochum	220	16
Dortmund	328	27
Gelsenkirchen	182	28
Gerne-Medlinghausen	620	21
Wilhelm-Oberhausen	136	17
Muhlort	403	33
Summa	1884	141

Nächstliegend liegen die Verhältnisse im Gebiete der Zweigvereine Essen und Hamm. Die allermeisten dieser Anlagen befinden sich in kleinen ländlichen Orten. Danach ist nun auch die Privatbautätigkeit in den Großstädten zu erkennen. In Dortmund wurden Baureisbaubriefe erteilt in der Zeit vom 20. Dezember 1906 bis 20. März 1907 143 gegen 205 in der selben Zeit des Vorjahres; also eine Abnahme von 62. In der ersten Hälfte dieses Jahres wurden 332 Baureisbaubriefe erteilt, gegen 511 im Vorjahre; also eine Abnahme von 179. Der größte Rückschlag ist bei Wohn- und Geschäftshäusern zu verzeichnen. Auch der Ziegelverkauf bemerkt den Rückgang der Konjunktur. Nach einer Notiz der „Mittelwest. Zeitung“ hat das rheinisch-westfälische Ziegelmonopol im September 31 213 000 Stück abgesetzt, gegen 370 000 Stück im Monat August und 46 200 000 Stück im September des Vorjahres. In den ersten drei Quartalen wurden im ganzen 318 800 000 Stück abgesetzt. In der gleichen Zeit des Vorjahres betrug der Absatz 373 400 000 Stück. Der Rückschlag spiegelt sich auch in dem Rückgang der Mitgliederzahl in den einzelnen Zweigvereinen wieder. So hatten gegen das 8. Quartal des Vorjahres einen Rückgang zu verzeichnen: Bochum um 45, Dortmund um 184, Duisburg um 120, Gelsenkirchen um 16, Sagen um 242,örde um 72, Wilhelm-Oberhausen um 31, Müllner um 99, Muhlort um 105 und Luna um 26, während Vögelde, Essen, Hamm, Gerne-Medlinghausen, Lipstadt, Witten, Düsseldorf, Essen, Werden und Witten eine kleine Zunahme hatten. Hier war die Bautätigkeit wenigstens befriedigend. Nach dem Bericht der „Bergwerkszeitung“ sind in diesem Jahre 33 Schachtanlagen neu errichtet oder erneuert. Eine Anzahl davon sind bereits in Betrieb, während andere noch in Arbeit sind. Somit war im Spätherbst immer noch ein Aufschwung zu verzeichnen, in diesem Jahre trat dagegen ein weiterer Rückgang ein. Für die nächste Winterperiode ist ein weiterer Rückgang zu erwarten, namentlich, da auch der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe sich an alle größeren Werke mit dem Ersuchen gewandt haben soll, im nächsten Frühjahr mit den Bauarbeiten zurückzutreten. Der Industriezweig Ziegen hat diesem Ersuchen anscheinend schon Rechnung getragen, indem auf den Wälderwerken die ganze Bauabteilung aufgelöst ist und sämtliche Arbeiter entlassen sind.

Vom Gau Götting war bis zum Schlusse dieser Nummer noch kein Bericht eingegangen. Jedenfalls wird der allgemeine Gaubericht Angaben über die Bautätigkeit enthalten.

Ueber das Gebiet des früheren Gauces Cassel sind gleichfalls keine Angaben vorhanden. Wäglich der Stadt Cassel verweisen wir auf den Jahresbericht des Zweigvereins in Nr. 2 des „Grundstein“.

Zum Schlusse der Bericht des Gauces Frankfurt a. M. Der Bericht schließt zunächst die Schwierigkeiten, die sich der Erlangung ausreichender Materials über den Umfang der Bautätigkeit entgegenstellten. Eine zuverlässige Monatsstatistik ist fast nirgend, selbst in den größten Orten nicht, zu bekommen. In der ländlichen Jahresberichten wird zwar über Umfang und Entwicklung des Baugewerbes berichtet, aber dieses Material ist erst am 1. April 1908 zu erhalten. Wir müssen uns deshalb auf die von der Organisation gemachten Feststellungen beschränken. Aber auch diese Zahlen zeigen uns untrüglich die rückwärtige Entwicklung der Konjunktur. In unserer Gruppenanstellung bringen wir zunächst eine Darstellung der Entwicklung von Frankfurt a. M. mit Umgebung. Die zweite Gruppe umfasst die Städte von 50 000 bis 100 000 Einwohner. In diese Gruppe sind Mainz und Wiesbaden mit aufgenommen, obwohl sie nach der neuesten Volkszählung mit den kürzlich vorgenommenen Eingemeindungen über 100 000 Einwohner

haben. Die dritte Gruppe sind Städte mit weniger als 50 000 Einwohnern, soweit uns von ihnen Zahlenmaterial zur Verfügung stand.

Frankfurt a. M. und Umgebung.

Table with 6 columns: Namen der Orte, 1903, 1904, 1905, 1906, 1907, Durchschn. pro Jahr. Lists cities like Frankfurt a. M., Friedberg, Hanau, etc.

Orte von 50 000 bis 100 000 Einwohnern.

Table with 6 columns: Namen der Orte, 1903, 1904, 1905, 1906, 1907, Durchschn. pro Jahr. Lists cities like Coblenz, Darmstadt, Mainz, Wiesbaden.

Orte mit weniger als 50 000 Einwohnern.

Table with 6 columns: Namen der Orte, 1904, 1905, 1906, 1907, Durchschn. pro Jahr. Lists cities like Aschaffenburg, Bensheim, Fulda, etc.

Aus der Zusammenstellung ist klar ersichtlich, welche Entwicklung die Konjunktur im Jahre 1907 genommen. Es ist fast in allen größeren Städten mit über 50 000 Einwohnern, mit Ausnahme von Koblenz und Offenbach a. M., ein Rückgang zu konstatieren...

Das Schlussergebnis unserer Ermittlungen bleibt trotz aller Verschiedenheit, daß in den drei Gruppen im Jahre 1907 1666 Maurer weniger beschäftigt waren als im Jahre 1905 und 407 weniger als im Jahre 1906.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Kollegen! Unterlagt nie, von Unfällen, Vereinstörungen, Überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Hamburg. Wie uns erst jetzt gemeldet worden ist, hat sich am 10. Januar noch ein Unfall ereignet. Auf einem Neubau in der Königstraße fiel dem Arbeiter J. Berg ein Giebel von der zweiten Etage herab auf den Arm, der ihn so schwer verletzte, daß er nach dem Hofkrankenhause gebracht werden mußte.

Videnscheid. Am Donnerstag, 16. Januar, verunglückte unser italienischer Kollege Rogerana Calceoni durch herabfallendes Gestein bei der Ausmauerung des Wasserlochs auf der „Sonnerl“ so schwer, daß er bei dem

Transport zur Barade starb. Der Wasserlochs ist bei Anlegung mit Holz ausgebaut worden. Das Holz ist faul geworden und so mußte sich die Stadt entschließen, den Stollen auszumauern zu lassen. Es sind nun in den Jahren sogenannte „Brüche“ entstanden, d. h. gewaltige Erd- und Steinmassen haben sich gelöst und lagern auf dem zum Ausbauen benutzten Holze. Sobald nun die Kollegen die Holzständer wegschlagen, folgen die Erdmassen nach, wobei stets das Leben in Gefahr ist.

Reges Interesse für Bauarbeiterschutzeingeleitungen zeigen pünktlich die Behörden in G. r. l. g. Das munter schon recht sonderbar an, denn oft kann bezweifelt nicht gesagt werden. Behörden und Interesse für Bauarbeiterschutzeingeleitungen? Wie kann sich das zusammenreimen? So was gibt's ja gar nicht!

Sandstein in Friedenau vor Gericht. Der Sandstein in der Kaiseralle in Friedenau, der den Tod eines Familienoberhauptes zur Folge hatte, beschäftigte am 14. Januar in einer umfangreichen Verhandlung die Strafkammer des Landgerichts II in Berlin.

Die Fortschritte des Panamakanals. Die letzten Berichte über den Bau des Panamakanals zeigen, daß die Grabungsarbeiten mit einer außerordentlichen Schnelligkeit fortgeschritten, zumal die Sterblichkeitsziffer, die in den früheren Jahren so beträchtlich war, jetzt auf fast die Hälfte zurückgegangen ist.

Die Fortschritte des Panamakanals. Die letzten Berichte über den Bau des Panamakanals zeigen, daß die Grabungsarbeiten mit einer außerordentlichen Schnelligkeit fortgeschritten, zumal die Sterblichkeitsziffer, die in den früheren Jahren so beträchtlich war, jetzt auf fast die Hälfte zurückgegangen ist.

Die Fortschritte des Panamakanals. Die letzten Berichte über den Bau des Panamakanals zeigen, daß die Grabungsarbeiten mit einer außerordentlichen Schnelligkeit fortgeschritten, zumal die Sterblichkeitsziffer, die in den früheren Jahren so beträchtlich war, jetzt auf fast die Hälfte zurückgegangen ist.

Verschiedenes.

* Legat. Die Maurer und Zimmerer in Magdeburg sind sehr heftig. Ein in Dresden Verlebener Architekt Schiele hat der Stadt Magdeburg 10 000 vermacht, aus deren Zinsen alljährlich zu Weihnacht „würbige“ und bedürftige Maurer und Zimmerer beschenkt werden sollen.

* Aus dem Haushalt eines Maurers. Ein Kollege aus Bergen auf Nügen übergibt die Aufzeichnungen über seine Hauswirtschaft von den letzten drei Jahren der Offenlichkeit. Die Familie des Eisenbers besteht aus fünf Köpfen, und er selbst arbeitet, solange es irgend die Witterung erlaubt. Lassen wir ihn hier selbst reden:

Table with 3 columns: 1905, 1906, 1907. Rows include: Jg stand in Beschäftigung, Die jährlichen Ausgaben, für Wohnungsmiete, Heizung und Beleuchtung, etc.

Zieht man nun diese Summe von dem jährlichen Verdienst ab, so blieb für Nahrung übrig 1905: M. 529,21, 1906: M. 500,61 und 1907: M. 402,80.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) Heft 16 des 26. Jahrgangs. Aus dem Inhalt haben wir hervor: Der rollende Stein. — Die Haager Konferenz. Von W. Vauvotisch. — Die Veränderung des Weltgesetzes. Von Adolph Frank. — Die Viehwunden und ihre Verhütung. Von W. S. Sachmann (Kassel). — Die gesellschaftliche Arbeit im Jahre 1906. Von Wilhelm Janßen. — Die Verteilung der Vermögen in England. Von K. — Literarische Rundschau: Humbert, Paul. Die gegenwärtigen Gewerkschaften in Deutschland. Von ad. hr. Dr. med. H. Holtzner, Nikolai und K. — Von E. W. Wilhelm Blas, Vater Ludwigs. Von F. M. — Briefwechsel.

Das Ergänzungsheft Nr. 1, das dieser Nummer beigegeben ist, enthält: Nationalität und Internationalität. Von Karl Stauff.

Aus dem Verlag von S. H. Metz Nachf. in Stuttgart:

Die Tarifverträge und die Gewerkschaften. Von Adolf Braun. Preis auf geb. 75 Pf., in Leinwand gebunden M. 1. Vereine erhalten bei direkter Bestellung eine besondere Preisermäßigung. Es fehlt bisher zu einer vom Standpunkte der modernen Gewerkschaften geschriebenen, leicht verständlichen und für die Agitation verwertbaren Schrift über das Wesen und die Bedeutung der Tarifverträge. Diese Lücke in unserer Literatur vermag die vorliegende Arbeit auszufüllen; es erscheint uns so dringlicher, als wir eine große Zahl von Arbeitern aus anderen Lagern über die Tarifverträge besagen. Man ersieht hieraus das starke Bedürfnis, sich über Wesen und Bedeutung der Tarifverträge zu unterrichten, um sich für die Kämpfe der Arbeiter um Tarife zu wappnen und die beste Vertretung der Unternehmerinteressen zu sichern. — Welche die Braunsche Schrift, die sich die Aufgabe stellt, den Arbeiterinteressen zu dienen, fremdbildige Aufnahme finden.

Protokoll der Verhandlungen des preussischen Parteitag. Verlag der Buchhandlung Vorwärts. Bearbeitet wurden auf diesem Parteitage: Die Organisation in Preußen. — Die bisherige Tätigkeit des preussischen Landtages und die Wahlrechtsfrage in Preußen. — Die Landtagswahlen 1908. — Die Lage der Staatsarbeiter in Preußen. — Selbstverwaltung und Gemeinde. — Der Preis für die gute Ausgabe beträgt M. 2; eine billige Ausgabe für Vereine etc. kostet 60 Pf.

Alkohol und Geschlechtsleben. Mit einem Anhang über Amintier-Anstalten. Von Dr. med. Magnus Hirschfeld. 4. bis 10. Aufl. 16 Seiten 8°. Preis 10 Pf. In Partien billiger. Verlag: Deutscher Arbeiter-Vereinstellen-Verlag, Johannes Michaelis, Berlin O 17, Rangelstraße 11.

Verhütung und Heilung des Stotterens. Heft 14 der Arbeiter-Gesundheits-Vereinigung, Buchhandlung Vorwärts, Berlin. In einer mit fünf Abbildungen ausgestatteten Einleitung gibt der Herausgeber einen kurzen Abriss der gesamten Lehre von der Stimme und Sprache, eine Beschreibung der stimmbildenden

